

wut

was uns betrifft



THEMA:
Neue Armut

ISB –
Zivildienst in der
„Individuellen
Schwerstbehinderten-
Betreuung“

KONTROVERS:
Sterbehilfe

INHALT

Im Blickpunkt:

ISB - Zivildienst in der „Individuellen Schwerstbehindertbetreuung“. Von Wolfgang Buff und Reinhard Becker 4

Preisrätsel 7

Kontrovers:

Darf man einem unheilbar Kranken auf eigenen Wunsch Sterbehilfe geben? 8

Leserberichte:

Mahnmal „Dem unbekanntem Deserteur“
Bericht aus Berlin (Ost) 10

Nachwuchsprobleme! Zivis waren bei einer Werbeveranstaltung der Luftwaffe. Ein Bericht von ZDL Andreas Heim 11

Originalton:

Wenn Sie an die Zukunft denken, was macht Ihnen da Hoffnung? Antworten aus der wub-Mini-Umfrage 12

wub-Thema: Neue Armut 13

Fakten 14

Keine Arbeit. Von Werner Schulz 15

Kein Geld. Von Werner Schulz ... 17

Keine Wohnung. Von ZDL Martin Luippold und ZDL Johannes
Dubbel 18

Keine Würde. Von Uli Homann ... 19

Keine Chance. Von Werner Schulz 20

Kommentar zum Thema.
Von Hans-Joachim Hofmann 20

Was unser **Recht** betrifft:

Wenn Wandern ist des Zivis Lust .. 21

Briefe an die wub-Redaktion 22

Unterwegs:

Yad Vashem - „Dauerndes Gedächtnis“ von Wulf Goebel 24

Infos 26

Filmtips von Isolde Mozer:

„Das falsche Wort“ 28

„Die Kommissarin“ 28

Buchtips 29

Rüstzeiten 30

Gedanken des Friedens

Von Friedhelm Schneider 31

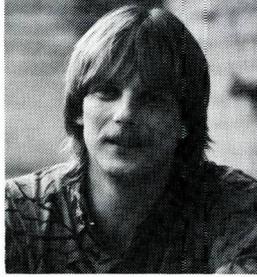
wub-Art: Otto Dix

„Der Krieg“ 32

Titel: Angelika Emmerling und Henryk Psiuk

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

INTERN



Wie

Menschen unter der eigenen Armut leiden und was andere – auch Zivis – dafür tun, wenigstens das größte Leid zu lindern, davon ist im Thementeil dieser Ausgabe die Rede.

Nun gibt es unter uns aber auch noch solche Figuren, die sich an der Armut und Not anderer Menschen dumm und dämlich verdienen. Ein schwäbischer Graf schießt dabei zur Zeit ganz offensichtlich den Vogel ab: Rainer René Graf Adelman von Adelmansfelden heißt er. Vor einigen Jahren tauchte sein Name im Zusammenhang mit der Versendung von deutschen Söldnern in Länder der Dritten Welt auf. Dann kam der Graf auf das Geschäft mit der Vermittlung philippinischer Babies an deutsche Adoptiveltern (einige Dutzend Vermittlungen für Honorare bis zu 25 000 Mark). Schließlich schleuste er Asylbewerber gegen Bares in die Bundesrepublik ein (nach Angaben der Staatsanwaltschaft Konstanz sollen die Flüchtlinge insgesamt 170 000 Mark an Adelman gezahlt haben) – und jetzt der Deal mit den Nieren: Der Graf schreibt Unternehmer an, von denen er erfahren hat, „daß sie pleite seien“ und deshalb jetzt damit zu rechnen haben, daß sich „die letzten Aasgeier“ an die Ex-Unternehmer heranmachen werden, um sie etwa „zu Krediten zu verleiten“. „Ganz anders“ dagegen das Angebot des neuen „Organ-Büros“ des Herrn von Adelmansfelden. Jener will nämlich kaufen: eine Niere des „Gemeinschuldners“, gegen 60 000 bis 80 000 Mark, je nach Qualität der Ware. Menschen, die verzweifelt auf eine Spenderin warten, zahlen oft 100 000 Mark und mehr.

Leider ist dieser „Edelmann“ aber nicht der einzige, der es versteht aus der Not anderer ein Geschäft zu machen.

Da sind auch noch jene Versicherungsagenten, die bevorzugt die armen Wohngegenden und Obdachlosen-Siedlungen abklappern, und den oft ohnehin verschuldeten Menschen Versicherungen aufschwätzen, nach dem Motto: „Wenigstens Ihren Kindern soll es doch einmal besser gehen.“

Da sind die privaten Inkasso-Dienste, die z. B. von den Kaufhäusern die Schulden der Kundschaft „aufkaufen“ (natürlich nicht zum vollen Wert), dann aber selber bei den Schuldnern eine noch höhere Schuldenlast unbarmherzig eintreiben. Da sind die vielen gewerblichen „Umschuldner“ und natürlich auch die berüchtigten Kredithaie. Viel zu viele, die mit der neuen Armut neue Geschäfte machen.

Herzlich Euer

Werner Schulz

P. S.: Ein Hinweis noch in eigener Sache: Wir werden immer wieder darauf hingewiesen, daß es – vornehmlich in den größeren Dienststellen – mit der Zustellung der wub-Hefte an die einzelnen Adressaten nicht immer klappt. Wir möchten deshalb alle, die regelmäßig ihr Heft erhalten, auffordern dabei mitzuhelfen, daß andere Hefte nicht einfach liegen bleiben, sondern z. B. an die Zivis in den Außenstellen weitergegeben werden.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL (Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V.)

Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger: Trägerverein EAK e. V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1

Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Gerd Fiess, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Karl Leonhäuser, Kassel; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Theodor Ziegler, Karlsruhe

Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 62 82 14

Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 32 24 00. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg, (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (071 81) 6 10 76

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt).

Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. Auflage: 45 000

Nachlese

Fünf Monate Nach-Dienst verfassungswidrig

Wer nach Ableistung der vollen Wehrdienstzeit (15 Monate) als KDVer anerkannt wird, der muß nicht die volle Differenz zur Dauer des Zivildienstes, also fünf Monate, nachdienen. Dies hat in seinem Urteil vom 21. Juni 1988 das Bundesverfassungsgericht entschieden.

Die Anrechnung des abgeleisteten Grundwehrdienstes auf den Zivildienst im Verhältnis 1:1 sei mit Art. 12 a, (2), Satz 2 GG „unvereinbar und nichtig“. In der Urteilsbegründung wird argumentiert, daß den Wehrpflichtigen, die sich beim Bund 15 Monate in „jener stärker belastenden Lebenssituation befunden haben, die der Wehrdienst typischerweise gegenüber dem Zivildienst mit sich bringt“ eine „spürbare Entlastung“ gewährt werden müsse, wenn sie nach ihrer Bundeswehrzeit verweigern. Der Gesetzgeber muß nun entscheiden, auf welcher Grundlage diese Entlastung zu bemessen ist. Bis Redaktionsschluß war allerdings nicht zu erfahren, was dieses BVG-Urteil für diejenigen KDVer bedeutet, die in den letzten Jahren – rechtswidrig – volle fünf Monate nachdienen mußten, bzw. zur Zeit gerade dabei sind. (Bei dringenden Fragen können sich Betroffene wenden an: Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer, Landstr. 4, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/34 00 25.)

wub berichtete ...
in 2/88 über den Rechtsstreit zwischen dem Bundesamt und



Greenpeace über eine ZD-Stelle. Nach sechsjährigem Rechtsstreit hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin nun entschieden, daß eine mit Gewässerschutz beschäftigte Arbeitsgruppe von Greenpeace in Hamburg einen ZDL beschäftigen darf. Es gebe, so die Begründung des Bundesrichters, keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß bei Greenpeace-Gruppen „ein Zivildienstleistender falsch betreut, falsch angeleitet oder falsch beschäftigt wird“.

... in Nr. 3/88 („Kontrovers“) über die Ansicht der Jugendstrafkammer des Landgerichts Ravensburg, nach der die Einbindung des Zivildienstes in die Wehrpflicht den Kernbereich des Art. 4/3 verletze und damit verfassungswidrig sei. Die Ravensburger Richter hatten das Bundesverfassungsgericht angerufen. Dort wurde aber in der Entscheidung vom Feb. 1988 keine grundsätzliche Klärung herbeigeführt, sondern darauf verwiesen, daß der klagende Totalverweigerer gar keinen Antrag auf KDV gestellt habe und somit in jedem Fall Wehrpflichtiger sei. Jetzt versuchen es die Ravensburger Richter nochmal in Karlsruhe. Der neue Kläger hatte seinen Zivildienst nach 17 Monaten abgebrochen, und damit ausdrücklich gegen die militärische Verplanung von ZDL protestiert. Mit einer Entscheidung, ob die Eingabe in Karlsruhe zugelassen wird, ist nicht vor Feb. 1989 zu rechnen.

Zahlen

Wohnsitz Berlin

Nach Angaben der Wehrersatzbehörden hielten sich Anfang 1986 8328 und Anfang 1987 8092 Wehrpflichtige im Alter zwischen 18 und 25 Jahren für mehr als drei Monate in Berlin (West) auf, ohne die dafür erforderliche Genehmigung des Kreiswehersatzamtes zu haben.

Verhältnis 7:1

Die Erde verfügt über 566 Soldaten und 85 Ärzte pro 100 000 Menschen.

Weltweite Sprengkraft

Mehr als 50 000 Atomwaffen mit einer Sprengkraft von etwa 15 000 Megatonnen lagern derzeit weltweit in den Arsenalen. Das entspricht dem Fünftausendfachen aller Sprengstoffe, die im zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden.

Kriegsopfer

Seit 1945 sind 25 Millionen Menschen in bewaffneten Konflikten umgekommen.

Fundstücken

Neonazis wollen total verweigern

Die FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) sieht sich durchaus im Stande, ihre „Kameraden für den stattzufindenden und kommenden Kampf zu schulen und auszubilden“ und will deshalb die militärische Ausbildung ihrer Mitglieder

nicht durch die Bundeswehr geschehen lassen, weil auch dort „Hetze gegen das Großdeutsche Reich“ an der Tagesordnung sei. Wie die Neonazi-Partei drohend behauptet, hat sie ihre Mitglieder aufgerufen, den Dienst in der Bundeswehr wie auch jegliche Ersatzdienste zu verweigern.

Trends

Der Alternative Nobelpreis '88

Der offizielle Nobelpreis wurde in diesem Jahr bekanntlich der UN-Friedenstruppe zugesprochen. Die Preisträger des Alternativen Nobelpreises '88 (Right Livelihood Award) sind nicht ganz so bekannt: Die dänische Ärztin Dr. Inge Kemp Geneffe bekam die Auszeichnung für ihre medizinisch-wissenschaftliche Pionierarbeit für die Opfer von Folterungen; der englische Architekt John Turner für seine Arbeit in der Drit-

ten Welt, die dazu beigetragen hat, daß nun rund 100 000 Familien ein Dach über dem Kopf haben. Außerdem geht der 1980 von Jakob von Uexküll gestiftete Preis an den brasilianischen Agronom und Ingenieur José Lutzenberger und die malaysische Organisation Sahabat Alam Malaysia, die zu den effektivsten Kämpfern gegen die Verbrennung und Rodung tropischer Regenwälder gehören. Das Preisgeld von 100 000 Dollar wird unter den Ausgezeichneten aufgeteilt.

1.09.88/Heilbronn, Waldheide. Erster Abzug von neun Pershing-Raketen aus Camp Redleg, Waldheide. Heilbronner Rüstungsgegner stoßen mit Krimsekt an.

Foto: Martin Storz





Von Wolfgang Buff und Reinhard Becker,* Darmstadt

ISB – ein Schlagwort geistert in letzter Zeit wieder häufiger durch die Presse. Ein wenn auch zahlenmäßig kleiner Teil des staatlichen Unternehmens Zivildienst bietet immer wieder Anlaß für Schlagzeilen: „Sklaven zum Nulltarif“ ('Stern' Nr. 33, 1988), oder „Ohne genügend Zivildienstler müssen Schwerstbehinderte ins Heim“ ('Frankfurter Rundschau', 1.7.88). Selbst unter den ZDL wissen nur wenige etwas genaues über diesen Dienst. Allein der Name „Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung“ deutet bereits auf „Schwerstarbeit“ hin, schreckt ab oder birgt andererseits eine geheime Faszination. Doch was steckt hinter diesen drei Buchstaben? Ein von der Gesellschaft übersehener Skandal? Einige hundert ZDL als rechtlose Opfer und soziale Märtyrer? Oder vielleicht einige hundert Schwerbehinderte, denen auf diesem Weg elementare Menschenrechte und autonome Lebensmöglichkeiten eröffnet werden? Ein kurzer Blick aus der Nähe lohnt!

Entstehung

ISB ist eine relativ junge und sehr ungewöhnliche sozialpolitische Erfindung. Die Entstehungsgeschichte erhellt bereits große Teile der Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben. ISB ist, das wird heute meist vergessen, eine originäre Erfindung des Bundesamtes für Zivildienst (BAZ). Im Jahre 1981 entstand dort die Idee, viele Interessen und Erwartungen von verschiedenen Seiten zugleich in einem sogenannten Modell zu vereinen. Zivildienst-, behinderten-, finanz-, gesundheits- und verbandspolitische Eigeninteressen spielten eine Rolle dabei. Und damals wie heute muß der einzelne ZDL in der ISB im Schnittpunkt dieser verschiedenen, teils konträren Interessen arbeiten. Ob den Beteiligten und der interessierten Öffentlichkeit dies noch deutlich ist, scheint zumindest fraglich.

Dabei war die Idee selbst nicht neu. Denn schon anfangs der 70er Jahre bestand bei Behinderten der Wunsch, selbständig aber betreut zu leben. Auch damals griff man auf die Hilfe von ZDL zurück. Das BAZ jedoch versuchte nun diesen Einsatzbereich zu fördern und zu strukturieren. So entstand eine bestimmte, alles andere als unproblematische Ausgestaltung des gesamten Arbeitsfeldes, die „ISB“.

Wechsel der Zielgruppe

Ausdrücklich wurde die ISB als eine Unterstützung schwer oder unzureichend zu erbringender Alltagshilfen für einen möglichst kleinen Kreis von Behinderten eingeführt. Junge, unternehmungslustige, auf Ausbildung, Studium und Beruf orientierte schwer Körperbehinderte mit hoher Integrationschance waren gemeint. Raus aus Heim oder Familie, einem Betreuungsverhältnis, das sie unterforderte oder gar behinderte, war die Devise. Alltagsbewältigung für gehandicapte Personen sollte möglich werden. Auch forderten die Behinderten immer lauter ihre Rechte ein, waren erheblich selbstbewußter

ISB

Zivildienst in der „Individuellen Schwerstbehinderten-Betreuung“



als frühere Generationen und vor allem als die Mehrzahl ihrer Schicksalsgefährten in den Heimen oder daheim. Für diese „Hilflosen“ waren auch Laienhelfer brauchbar, um ihren Aktionsradius zu erweitern. Sie mußten nur in ausreichender Zahl und individuell verfügbar sein. So sollte die ISB eine sozialpolitische Türöffnerfunktion erfüllen. Die Wohlfahrtsverbände übten sich in Zurückhaltung oder hatten durch Fehlplanung versagt. Es bestand Handlungsbedarf. Doch im Laufe der Zeit kamen deutlich schwere Pflegefälle, nicht berufsfähige Personen und die sogenannte Rund-um-die-Uhr-Betreuung dazu. Für sie wurde der ZD zum einzigen Garanten der Lebensgrundlage, zum Heim- und Elternersatz.

Damit änderte sich die Aufgabenstellung der ISB total. Die Probleme wechselten, die Belastungen stiegen, da auch an Haus und Bett gefesselte Personen – aus ihrer Sicht wohl mit Recht – beschlossen, diese Angebote für ihre Lebensgestaltung nutzen zu wollen. Für diese total veränderte Aufgabenstellung gab es aber keine Konzepte. Das Modell der ISB wuchs bei dieser Entwicklung nicht mit.

Probleme

Von Anbeginn hätte klar sein müssen, daß eines der größten Risiken darin besteht, Erwartungen zu wecken, die nicht zu befriedigen sind. Und innerhalb des ZD ist dieser Einsatzbereich kaum ausdehnbar. Nur eine sehr begrenzte Zahl von Behinderten kann hier

ihre berechtigten Bedürfnisse anmelden. Soll also „Bruder Zufall“ oder ein massiver Verdrängungswettbewerb darüber entscheiden, wer ein „selbständiges“ Leben trotz Handicaps führen darf und wer nicht? Anspruchsberechtigt sind sicher viele tausend behinderter Menschen. Sieht man sich aber den gegenwärtigen Umfang der ISB an, so ergibt sich ein eher trauriges Bild: Von 49 Plätzen sind trotz massiver Unterstützung von allen Seiten nur 3170 zu besetzen, ca. 63%. Nicht zufällig verbreiten Betroffene selber, wie sie unter dem schlechten Image der ISB-Einsätze zu leiden haben: „Was Rambo die Hölle nennt, da mach' ich meinen Zivildienst.“ In dieser bitter-ironischen Bemerkung bündelt sich die Vorstellung über den Alltag in der sogenannten Schwerstbehinderten-Betreuung.

Wie macht man diese Stellen attraktiv?

Sicher hat die Arbeit in der ISB auch viele Vorteile für den Helfer. Inhaltlich bestimmt die hohe Verantwortung, die Herausforderung des völlig Neuen, das Fremde und Belastende die Motivation der ZDL. Viele wollen sich fordern und erleben, wie sie über sich hinauswachsen. Was man sich anfangs vielleicht nicht zutraute, verliert mit der Zeit völlig an Belang, z.B. die Grundpflege oder das Aussehen des Behinderten. Außerdem können Sympathien entstehen und gemeinsame Interessen entdeckt werden. Praktische Vorteile sollten ebensowenig

„Ohne genügend Zivildienstler müssen Schwerstbehinderte ins Heim“

Wer ist nun wessen Opfer?

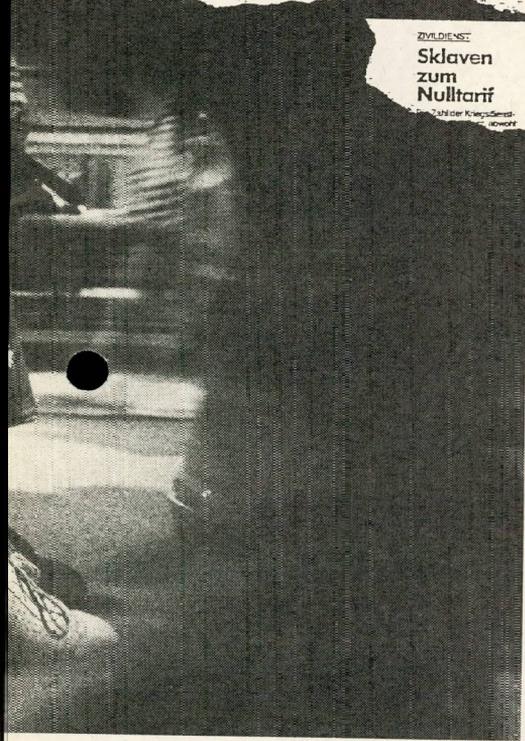
Das Dilemma der Zivildienstleistenden

Drückeberger, Konkurrenten oder billige Nothelfer?

Noch können die Schwerstbehinderte ihr eigenes Leben leben:

Aber die Heimeinweisung droht

ZIVILDIENTSKLAVEN zum Nulltarif



unterschätzt werden. In der ISB kann man viele Arbeitsstunden in wenigen Tagen „abreißen“. Nach einer Woche Dauereinsatz haben manche ZDL ein oder zwei Wochen frei. So kann man seinen Hobbies oder „Geschäften“ besser nachgehen. Wenn der Behinderte dann noch eine attraktive Persönlichkeit ist, viel reist, Veranstaltungen besucht, einen abwechslungsreichen Job hat, dann lassen sich Belastungen und Reibereien innerhalb der 7 x 24 Stunden eher ertragen.

Woher kommen die Spannungen?

Die Ursachen dafür, sieht man sich die ISB von außen an, liegen wohl auf beiden Seiten. Sowohl Helfer wie Behinderte haben Eigenheiten, die zu Mißverständnis und Streit führen können. Die Freiheit des einen beruht auf der Einschränkung der Freiheit des anderen. Die Verwirklichung individueller Ansprüche wird nur ermöglicht durch das zeitweise Zurückstellen eigener spontaner Bedürfnisse des Helfers. Freiwillig und in aushaltbarem Rahmen ist das für eine gewisse Zeit möglich. Nahes menschliches Zusammenleben gelingt ohnehin nur durch gewisse Rücksichtnahme. Auch der Behinderte muß sich bei jedem Helfer neu zurücknehmen und anpassen. Aus seiner Sicht müssen die unterschiedlichen Helfer auch nicht nur eine Entlastung darstellen. Die Anpassung ist mühsam genug. Wechselt dreimal am Tag

IM BLICKPUNKT

Gefahren

der Helfer, so sind Tagesablauf und Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Und jedesmal kommen ausgeruhte Leute, die etwas machen, erleben und helfen wollen. Der Betreute aber wird irgendwann müde, redefaul und passiv. Untersuchungen über die ISB sprechen deshalb von bedenklichen Streßreaktionen der Behinderten, wenn sie von zu vielen Helfern aktiviert und betreut werden. Die Beziehung zwischen beiden produziert noch ein anderes Dilemma, das verkürzt in folgendes Bild gebracht werden kann: Der Behinderte braucht Arme und/oder Beine, um seine Wünsche ausleben zu können, einen Kopf, in dem diese entstehen, hat er ja selbst. Aber nun bekommt er mit seinem ZDL nicht nur Arme und Beine, sondern dazu einen weiteren Kopf, der eigene Ideen und Maßstäbe hat. So wird es nötig, ständig erklären, bitten und begründen zu müssen, bei grundsätzlichen Fragen wie banalen Dingen. Entweder macht sich der Behinderte ständig die Mühe, seinen externen Armen und Beinen nicht nur zu sagen, was sie machen, sondern auch wie und warum sie es tun sollen, oder der Helfer fühlt sich zum Instrument degradiert. Bei einer solchen Symbiose im ZD mit 20 oder 24 Monaten Dauer muß es ja zwangsläufig zu Spannungen kommen. Objektive bzw. subjektive Abhängigkeit, gepaart mit moralischen Ansprüchen, eröffnen ein weites Feld der Auseinandersetzung zwischen Behinderten und Helfer. Wer letztlich der Stärkere ist, wer sich behaupten wird, ist offen.

Eine ISB-Betreuung im 24-Stunden-Modell, das ist eine fast eheähnliche Nähe auf Zeit von möglicherweise sehr unterschiedlichen Partnern. Der Behinderte kann in seinem Verhalten zum Helfer zwischen Erpressung und Bestechung schwanken. Der Helfer kann seine Aufgabe zwischen Funktionsersatz und „Laien-Therapeut“ ansiedeln, den Betreuten entweder durch ein massives Helfersyndrom erdrücken, oder sich durch völlige Aufopferung kaputt machen. Zwischen Überversorgung und Vernachlässigung ist jede Spielart des Einsatzes möglich. Deshalb muß Zeit geboten werden und Raum bestehen, derartige Fragen angemessen bearbeiten zu können, und das auf beiden Seiten und für alle Beteiligten. Jede Form von Mißbrauch und Fehlentwicklung hat einen hohen Preis. Die Spitze eines Eisberges übersehener und verdrängter Probleme deutet sich in dieser Schlagzeile an: **„ZDL streiken für mehr Arbeit und längere Arbeitszeit.“** Da versteht man die Welt nicht mehr. Die jeweiligen Interessen scheinen vertauscht. Die ZDL machen sich Gedanken darüber, wie sie die Betreuung der Behinderten sicherstellen können. Dabei verzichten sie nicht selten auf eigene Rechte und Freiräume. Selbstverständlichkeiten des Arbeitsrechts, sonst jedem ZDL wichtig, werden über Bord geworfen. Nicht diejenigen haben Probleme und kommen in moralische Bedrängnis, die solche Betreuungsverhältnisse initiiert haben, sondern die Hilfskräfte, die man sich ausgeliehen hat. Ein Paradoxon: Der staatliche Pflichtdienst als Garant freiwilliger und überhartlich engagierter Helfer. Hier geht die Identifikation mit der Arbeit zu weit, wenn sich die ZDL die Probleme der Behinderten, mehr noch der Hilfsdienste und letztlich der Sozialgesellschaft, über Gebühr zu eigen machen. Viele Verbände mit dem Anspruch der ISB auf dem Banner sind z. T. recht gut „im Geschäft“, aber sie sind auch in der Pflicht, und zwar einmal den Behinderten gegenüber, zum anderen aber auch ge-

zivi

◆ Ich suche dringend einen Zivi für ISB-Betreuung. Wer hat Lust bei mir Anette, 22 Jahre Rollifahrerin, umgänglich, und pflegeleicht seinen Zivi Dienst zu machen? Melde dich sofort bei mir ☎ 06223/...

Solor... ☎ 04131/31595

◆ Ich suche Kriegsdienstverweigerer mit Führerschein (mögl. Nichtraucher), die bei mir ihren Zivildienst in der ISB ableisten wollen. Schreibt oder ruft an! ...75 Karlsruhe. ☎ 0721/...

◆ Hilfe, suche dringend 2 ISB Zivis in Lüneburg. ☎ 04131 ... Nehme jeden. Meldet euch

◆ Welcher Zivildienstleistender hat Lust, bei mir, w23, Multiple Sklerose, Individualbetreuung zumachen? Schon ab Mitte Oktober! Bitte melden bei ...

◆ Suche für sofort ISB-Zivi. Bin Rollstuhlfahrer, 27 J. ☎ 0413/...

Schurhoferstr. 17, 68 Mannheim Sandhofer. ☎ 0621/788 295

◆ ZDL für Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung gesucht. Alle OSB-Vergünstigungen. Marburg. ☎ 0642



Foto: Hans Lachmann

Für die Behinderten wird es zunehmend schwerer, einen Zivi zu finden.

genüber dessen Helfern. Strukturelle Fehler können nicht dauerhaft durch privates Engagement ausgeglichen werden. Es ist längst an der Zeit, über den teilweise unverantwortlichen Einsatz von ZDL nachzudenken und darüber öffentlich zu sprechen, ohne dabei die Behinderten gegen die Helfer auszuspielen. Es geht nicht an, mit dem Heim als „Alternative“ zu drohen, wenn die Rechte der ZDL angemahnt werden.

Am Geld kann es nicht liegen

Sucht man nach Alternativen, so erhält man stereotyp folgende Antwort: Das scheitert doch alles am Geld. Wer soll das denn bezahlen? Nur mit ZDL sei das Projekt „Selbständiges Leben“ machbar. Und viele ZDL denken: „Wenn ich mich öffentlich beklage, dann geht es ‘meinem’ Behinderten an den Kragen.“ Doch stimmt diese Rechnung so einfach? Schon jetzt wird in der ISB eine Menge Geld bewegt. Sicher ist es relativ unauffällig über viele Töpfe verteilt. Aber wer anfängt, alle Einzelposten zu addieren, der kommt ins Staunen. So billig sind ZDL nun auch wieder nicht. Auf der Gegenseite werden schon jetzt erkleckliche Summen von den Kostenträgern an die „Betreiber“ der ISB gezahlt. Einzelne Dienststellen müssen erhebliche Geldmittel besitzen. Die Skandale z. B. über den Mißbrauch von Vereinsgeldern, die gelegentlich an die Öffentlichkeit dringen, machen dies deutlich. Ohne zu verallgemeinern: Vergleicht man die in Rechnung gestellten Preise für ISB-Leistungen mit dem – zumindest innerbetrieblichen – Nulltarif für die ISB-ZDL, so müßten allein die Differenzbeträge schon eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung der Trägerorganisationen in der ISB garantieren. Geld ist im Umlauf. Warum wird es nur zögernd in die dauerhafte Beratung und Begleitung der Helfer und aller Betroffenen gesteckt?

Alternativen zur jetzigen Personalsituation

Viele Details in der zermürbenden Auseinandersetzung zwischen Behinderten und ihren ZDL könnten in einem völlig anderen Licht gesehen werden, würde eine einzige, ganz naive Frage konsequent gestellt und beantwortet: Welche anderen Berufsgruppen oder Personenkreise würden eine vergleichbare Betreuungsaufgabe dauerhaft sicherstellen wollen und können? Der Ruf nach dem „Behindertenpfleger“ führt im Moment nicht weiter, den gibt es noch nicht. Pflegefachkräfte gelten als zu teuer. Außerdem werden sie von den Behinderten abgelehnt, weil sie fürchten, durch sie noch stärker von fremden Ansprüchen und Sichtweisen unter Druck gesetzt zu werden. Ersatzlösungen mit jugendlichen Hilfskräften, studentischen oder ähnlichen Jobbern vermehren nur die Probleme. Sollte also die Selbständigkeit und autonome Lebensführung bestimmter Behinderter wirklich nur mittels staatlicher „Sklaven zum Nulltarif“ möglich sein? Dies kann doch nicht das Ende des Nachdenkens bedeuten, obwohl in der Diskussion von allen Seiten immer wieder eine derartige Engführung betrieben wird. Das Diktat der Kosten und das Drohen der Kostenträger mit dem Heim ziehen nicht. Oder ist etwa in Berlin, wo es ja keinen ZD gibt, ein selbständiges Leben für Behinderte von vornherein unmöglich? Auch in der Bundesrepublik haben immer mehr Initiativen von Behinderten andere Wege beschritten. Doch diese Alternativen werden nicht konsequent ausgelotet.

Für den Aufgabenbereich des ZDL scheinbar Ausblick und Ausweg nur in eine Richtung möglich: Zurück zur ursprünglichen Idee der ISB: Zivildienstleistende als Unterstützung für ansonst verläßlich organisierte Lebens- und Betreuungssituationen. Dabei

Foto: epd-Bild



Foto: epd-Bild, Kenitsch

werden alle, Behinderte, ZDL, Gesellschaft und Kostenträger „Federn lassen“ müssen. Einsichten über Belastungsgrenzen, sinnvolle Arbeitszeitregelungen und Aufgabenprofile, wie sie sonst in der Sozialarbeit und Langzeitbetreuung längst Standard geworden sind, können in der ISB nicht außer Kraft gesetzt werden. So einmalig, wie verschiedene Interessengruppen gerne glauben möchten, sind die Aufgaben in der ISB nun auch wieder nicht.

ZDL als Notnägeln einzusetzen bedeutet sie individuell und sozialpolitisch zu missbrauchen, auch wenn sie aus eigenem Antrieb und Idealismus dazu bereit sind. Manche Stellen verwalten 40 und mehr ZDL in der ISB, ohne auch nur Mindeststandards an Betreuung der ZDL zu garantieren. Die alte Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflegeverbände von 1 pädagogischen Begleiter pro 20 ZDL scheint vergessen zu sein. Der betroffene Behinderte und dessen ZDL werden alleine gelassen. Aus dem Modellversuch wurde eine Dauer-einrichtung, aus einem Experimentierfeld die scheinbar einzig denkbare Betreuungsform für die Rund-um-die-Uhr-Pflege. Der Eindruck drängt sich auf: Hier fand und findet eine Gewöhnung an „Zwangsarbeiter“ statt. Dieser Zustand muß überwunden werden.

* Pfarrer Reinhard Becker ist Beauftragter für ZDL der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Wolfgang Buff, Dipl.-Soziologe, ist Leiter der Einführungslehrgänge für ZDL im Bereich der EKHN.



RÄTSEL

eine Ursache für Armut	Verhältniswort	Abk. eines Geheimdienstes	Zischlaut	Kurzform f. Gelatine	Kurzform f. südamerik. Stadt	diabolische Gefühlsregung	6	traurige Vertiefung	
militär. Unglücksort	27	gr. Bauwerk in Berlin	Zierbaum	18	11	engl.: Name eines Haustieres	5	8	
ohne Wohnung sein	19	Vogel	24	2	Abk. für Erwachsenenbildung	Maßeinheit	Abk. f. techn. Anleitung	engl.: Abk. für „Herr“	
Bergwerk	35	Flugzeugart	30	22	Blutbahn	31	berühmter Garten	17	
Maßeinheit für Lichtempfindlichkeit (Abk.)	4	Knötchengewächs	gr. Sturm-vogel	4/88	32	Tier	geschmack-les	28	21
29	kosmos	veraltet: über	was uns betrifft	Rätsel	Verbindungsstelle	34	Tanzform	Abk. eines derben Ausspruches	
Staat (Abk.)	12	mitteln	brennt schnell	Kfz-Kz. Leer	Frauenname	privilegierte Klasse	lieb	23	10
Mengenbezeichnung (veraltet)	20	ZDL-Einsatzbereich	engl.: Säge	15	Abk. für Gewaltfreie Aktion	ein Getränk (engl.)	25	© wub 1988	
Kürzel aus Boxsport	16	griech. Vorsilbe für „Luft-“	14	Kfz-Kz. für südwesteurop. Land	atemloses sich Fortbewegen	26	25		
techn. Hilfsmittel mit Anzeige	9	1	33	26	25				
engl.: Stadt	33	26	25						

Die Lösung des wub-Preisrätsels 3/88 lautet: „Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg“ (M. K. Gandhi)

- Die Gewinner sind:
- Preis (Werkzeugkoffer) Kai Bless, Hanstedt
 - Preis (Egon Erwin Kisch: „Nichts ist erregender als die Wahrheit“) Ulrich Sailer, Ditzingen
 - Preis (Karl Holl: „Pazifismus in Deutschland“) Mark Wahler, Wuppertal
 - 10. Preis: („Das Tagebuch der Herta Nathorff“): Olaf Schick, Bad Dürkheim – Reinhard Bieh, Freiburg – Rasmus Mutt-scheller, Weilheim – Gerald Dziersk, Lampertsheim – Matthias Kühnemund, Norderstedt – Stephan Brozeit, Oldenburg – Jan Butz, Aachen

Die Gewinner der wub-Freiabos (11. – 20. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Werken und Lesen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen.

Auch diesmal gibt's wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion - Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1

schicken.
Einsendeschluß ist der 15.1.1989 (Poststempel)

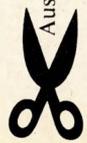
Unter den richtigen Einsendungen werden diesmal (unter Ausschuß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

- Preis: Eine **Getreidemühle** (Handbetrieb!)
- Preis: **Super-Bildband: Otto Dix** (s. wub-Art S. 32)
- Preis: **Wolfgang Borchert, Das Gesamtwerk** (s. Leserbericht S. 10)
- 10. Preis: je ein **Vollwert-Kochbuch** für den Einpersonen-Haushalt
- 20. Preis: je ein **wub-Freiabo** für das Jahr nach dem Zivildienst

Gesucht ist diesmal der Titel einer Schrift, aus der folgendes Zitat stammt:

„Seit Christus befahl,
das Schwert zurückzustecken,
ziemt es sich für Christen
nicht zu kämpfen,
außer jenen schönsten Kampf
mit den abscheulichsten Feinden
der Kirche:
mit dem Streben nach Geld,
mit dem Jähzorn,
dem Ehrgeiz, der Todesfurcht.
Dies sind unsere Philister,
Nebukadnezer, Moabiter und
Ammoniter
mit welchen wir keinen Waffenstillstand,
sondern ständiges Handgemenge
haben sollten,
bis die Feinde im Innersten
ausgerottet sind
und Ruhe eintritt.“
(Erasmus von Rotterdam, 1515).

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



Betrifft wub:
Anregung / Kritik / Lob ...

Lösung

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	----	----	----

13	14	15	16	17	18	19	20
----	----	----	----	----	----	----	----

21	22	23	24	25	26	27
----	----	----	----	----	----	----

28	29	30	31	32	33	34	35
----	----	----	----	----	----	----	----

Kon tro vers

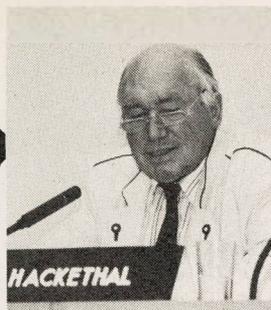
„Tötung auf Verlangen“ ist nach § 216 Strafgesetzbuch auch bei „ausdrücklichem und ernsthaftem Verlangen des Getöteten“ strafbar, mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu ahnden. Aber Gesetz kann man ändern. Einer, der dafür seit Jahren öffentlich plädiert, ist Prof. Dr. Julius Hackethal. Für wub faßte Prof. Hackethal seine Argumente in sieben Geboten zusammen.

Für Frau Dr. Daniela Tausch hat „aktive Sterbehilfe“ eine andere Bedeutung: Ihr geht es darum, Hilfen anzubieten, die die Lebensqualität Sterbender verbessern. Frau Dr. Tausch engagiert sich in Stuttgart für die Einrichtung einer Sterbeklinik, eines Hospizes, nach dem Vorbild etwa der Londoner Einrichtung St. Christopher, wo sie als Mitarbeiterin Erfahrungen sammelte. Wir danken beiden Autoren sehr herzlich für ihre KONTROVERS-Beiträge.

Foto: edp-Bild-Backe



Prof. Dr.
Julius Hackethal



„Der freie Wille des Betroffenen ist entscheidend.“

Unheilbar bedeutet *nicht*: End- und hoffnungslose Krankheitsfolter. Es gibt viele Patienten, deren Krankheit unheilbar ist, denen man aber durch geeignete Lebenshilfen gegen die leibliche, geistige und/oder seelische Krankheitsfolter zu einem lebenswerten Leben verhelfen kann. Das zu versuchen, ist die wichtigste Pflicht eines jeden behandelnden Arztes.

Anders ist die Situation, wenn ein Patient sich in end- und hoffnungsloser Krankheit weiter *quält*, obwohl vorher alles Menschenmögliche zur Abhilfe geschehen ist. Dann gibt es nach meiner Überzeugung nicht nur ein *Patientenrecht*, sondern eine (moralische) *Arztpflicht* zur „Mitleidstötung“.

Ein glaubensstarker Mensch wird die Bitte auf Mitleidstötung nicht äußern. Für ihn stellt sich also das Problem nicht. Aber niemand darf den eigenen Glauben für andere als verbindlich ansehen.

Um Mißbrauch auszuschließen, habe ich die 7 *EUBIOS**-Mitleidstötungs-Gebote aufgestellt. Sie lauten:

1. Gebot: Erklärter fester Wille

Der Patient muß die Mitleidstötung fest und unbeirrbar wollen und diesen Willen schriftlich erklären. Dieses Wollen darf nicht auf einer zu kurzen Vorgeschichte beruhen und muß beweisbar sein. Eine Tötung gegen den Willen eines Patienten ist keine Mitleidstötung und muß immer strafwürdig bleiben. Die Bevollmächtigung eines anderen Menschen, stellvertretend für einen Patienten Willenserklärungen abzugeben – in Form einer Patientenanwalt-Verfügung oder eines Patiententestaments – ist für den Arzt eine rechtlich gültige Entscheidungshilfe.

2. Gebot: End- und hoffnungsloses quälendes Krankheitsleid

Der Patient muß nach dem Urteil seines behandelnden Arztes an einer Krankheit leiden, die ihn stark belästigt, das heißt seelisch, geistig und/oder körperlich *quält* und für die keine Hoffnung auf wesentliche Besserung besteht.

3. Gebot: Bestehendes Patient-Arzt-Verhältnis

Mitleidstötung darf nur aus einem bestehenden Gesundheitshilfe-Verständnis heraus geleistet werden, nachdem vorher nach bestem Wissen und Gewissen versucht wurde, das Krankheitsleid zu bessern und Lebenshilfen zum Weiterleben zu geben. Sie darf nur der letzte „Liebesdienst“ im Rahmen einer freundschaftlichen Patient-Arzt-Beziehung sein.

Darf man einem un auf eigenen Wunsch

4. Gebot: Ausreichende Zeugnenschaft

Sowohl für die Erfüllung der Gebote 1 und 3 wie für den Tötungsakt muß es geeignete Zeugen geben. In der Regel sollen es mindestens ein Arzt, ein Arzthelfer (Schwester, Pfleger usw.) und ein Nahestehender (Ehepartner, Kind, enger Freund usw.) sein. Eine schriftliche Erklärung der Zeugen ist anzustreben.

5. Gebot: Humaner Mitleidstötungs-Akt

Human heißt: Menschlich im guten Sinne. Dies ist eine Mitleidstötung nur, wenn sie in einem würdigen Rahmen und ohne je Patient Qual stattfindet. Würdig ist ein Sterben des Patienten im Bett seines Krankenzimmers – in der Klinik oder zu Hause – sowie in Anwesenheit von nahestehenden Personen und mit der vom Patienten gewünschten Feierlichkeit. Ohne jede Qual ist ein Sterben, das mit dem Einschlafen beginnt und in der Bewußtlosigkeit eines sich vertiefenden Schlafes zum Tod führt.

6. Gebot: Keine Vergütung

Die Mitleidstötung ist ein Geschenk des behandelnden Arztes für einen Patienten-Freund aus Mitleid, für das eine Vergütung, das heißt eine materielle Gegenleistung weder gefordert, noch angenommen werden darf.



heilbar Kranken Sterbehilfe geben?

7. Gebot: Meldung an die Behörde

Jede Mitleidstötung muß von dem Arzt auf der „Todesbescheinigung“ in geeigneter Form – zur Zeit durch Ankreuzen der Rubrik „Unnatürlicher Tod“ – gekennzeichnet werden. Außerdem ist ein geeignetes Formular auszufüllen, das der Behörde eine Kontrolle ermöglicht.

Wer glaubt, jede Lebensmüdigkeit durch end- und hoffnungslose Krankheitsfolter – der körperliche Schmerz ist nur eine von 1000 möglichen Ursachen – sei heutzutage durch angemessene Hilfen abstellbar, ist im Irrtum!

Es gibt nicht selten Patienten, die unter ihrer end- und hoffnungslosen Krankheit vor allem deshalb leiden, weil sie *anderen nicht mehr helfen können und/oder für andere nur noch eine Last* sind. Ihnen deshalb eine Lösungstodhilfe zu verweigern, weil man diesen Mitgrund für die Lebensmüdigkeit nicht respektiert, ist aus meiner Sicht inhuman.

Entscheidend kann im Einzelfall nur die Eigenwertung der Lebensqualität sein. Gegen ein Angebot, Hilfen zur Verbesserung der Lebensqualität zu geben, kann vernünftigerweise niemand sein. Aber sich als „Lebenshelfer“ mehr oder weniger gewaltsam aufdrängen, ist nicht erlaubt. Der freie Wille des Betroffenen ist für alles, was ein anderer für ihn tun darf, entscheidend. ■

* Eubios (abgeleitet von Eubiotik: die Lehre vom gesunden Leben) ist eine Wortschöpfung von Prof. Hackethal. Er benutzt den Begriff als Kennwort für eine umfassende Gesundheitshilfe, die das glückliche Leben des Patienten zum Ziel hat.
d. Red.

Foto: edp-Bild-Hildenhagen



Dr. Daniela Tausch,
Stuttgart*

„Die Zeit des Sterbens kann wichtige Lebenszeit sein.“

„Es geht nicht darum, ob Euthanasie¹ richtig oder falsch ist, erstrebenswert oder abzulehnen, durchführbar ist oder nicht. Die Frage ist irrelevant. Wir als Ärzte sind verpflichtet, so für unsere Patienten zu sorgen, daß sie gar nicht darum bitten.“

Diese Äußerung, von Dr. Lammerton geschrieben, dem leitenden Arzt eines Hospizes², stimme ich zu. Ich denke, nicht nur Ärzte, sondern wir alle sind innerlich zu dieser Form von Hilfe gerufen. In der Bitte um aktive Sterbehilfe sehe ich einen Hilferuf: „So kann ich nicht leben, hilf mir, anders zu leben.“ Es ist also ein Aufruf an uns selber und auch an unsere Mitmenschen, dem Kranken die Gewißheit zu vermitteln, daß er diesen schwierigen Weg nicht alleine gehen muß.

Die Lebensqualität Sterbender fördern.

Viele Menschen wissen nicht, daß eine gute Schmerzkontrolle ohne Bewußtseinsdämpfung möglich ist. Sie haben Angst vor Schmerzen und Angst, anderen Menschen zur Last zu fallen. Es belastet sie auch die Angst, in der schweren Zeit alleine gelassen zu werden. So wie gegenwärtig bei uns häufig noch gestorben wird, ist es verständlich, daß viele Menschen den Wunsch nach aktiver Sterbehilfe äußern.

Wenn wir uns jedoch bemühen, die Lebensqualität Sterbender zu fördern, sie in dieser Zeit medizinisch, pflegerisch, seelisch und geistlich begleiten, so entsteht nicht der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe. Sowohl England, als auch die USA haben sich dieser Not schon früher gestellt und sogenannte „Hospize“ – Stätten des Lebens für Schwerkranken und Sterbende – errichtet. Der Sterbende wird hier als Lebender mit all seinen Wünschen nach Eigenständigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Selbstbestimmung ernst genommen. Der schwerkranken und sterbende Mensch wird in dieser schwierigen und körperlich hilflosen Phase als einmalige Person geachtet. Seelische Hilfe für Schwerkranken und Sterbende besteht vor allem auch in der Anwesenheit liebevoller, zugewandter Betreuer, die um die seelische Auseinandersetzung Sterbender wissen oder sie erahnen und die innere Bereitschaft haben, das Leid mitauszuhalten und, so weit es geht, mitzutragen.

Ein neues Verständnis von Krankheit und Sterben

Seelische Lebensqualität erfordert eine angemessene Schmerz- und Symptomkontrolle. Die WHO hat 1984 festgestellt,

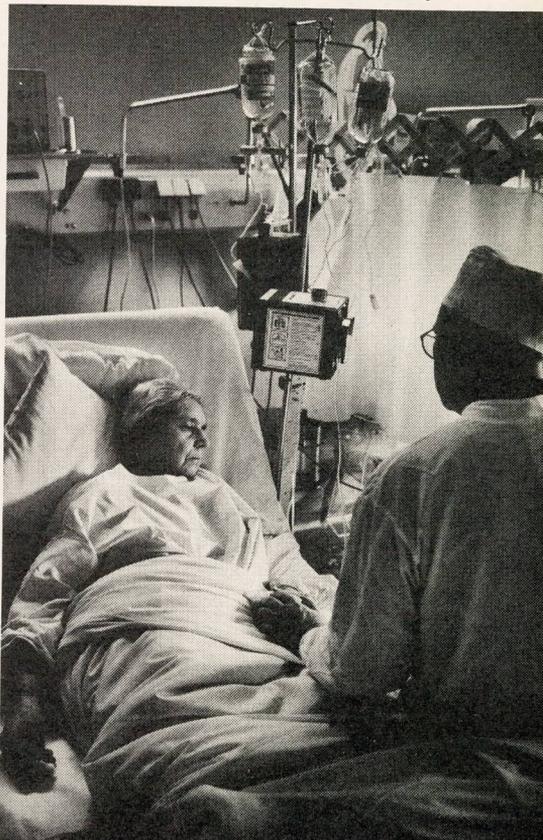
daß 90% der Schmerzen im Finalstadium durch Schmerzbehandlung, meist durch die regelmäßige Gabe von Morphin, alle 4 Stunden vor dem Eintritt der Schmerzen, genommen werden können. Einen Sterbenden in dieser schwierigen Lebenszeit nicht alleine zu lassen, in dieser, manchmal sehr dunklen Zeit stützend und begleitend daneben zu stehen, das ist für mich die Antwort auf den Wunsch nach der aktiven Sterbehilfe. Ich denke, wenn wir Menschen in ihren Wünschen, z. B. nach liebevoller Begleitung, nach ehrlicher Information und Schmerzminderung ernst nehmen, können wir ihnen helfen, die Gefühle der Auflehnung, der Verzweiflung, der Sinnlosigkeit und der Anklage zu durchleben, so daß es uns möglich wird, auch zu einem anderen Verstehen von Krankheit und Sterben zu kommen. Es ist ein schwieriger, aber auch ein wichtiger Weg. Wenn wir also nicht die aktive Sterbehilfe wollen, müssen wir uns für ein würdigeres Sterben einsetzen, so daß Menschen erfahren können, daß auch die Zeit des Sterbens und die Zeit schwerer Erkrankung eine wichtige Lebenszeit sein kann, wichtig sowohl für den Sterbenden, als auch für den Begleiter. ■

1) Euthanasie (gr., „leichter Tod“) meint hier die beabsichtigte Herbeiführung des Todes bei unheilbar Kranken.

2) Hospize sind Stätten des Lebens und der Begleitung von Menschen, die eine unheilbare Krankheit haben und die nach menschlichem Ermessen innerhalb eines absehbaren Zeitraumes sterben werden.

* Dr. Daniela Tausch, Jg. 1961, Dipl.-Psychologin, ist seit Mai 1987 Leiterin des Projektes „Hospiz“ (Begleitung Sterbender und ihrer Angehöriger) in Stuttgart.

Foto edp-Bild-Hildenhagen



Auch in Ost-Berlin: Mahnmal „Dem unbekannten Deserteur“

Über die Aufstellung von Plastiken und Gedenksteinen zur Erinnerung an das Schicksal der Deserteure während der beiden Weltkriege haben wir in wub berichtet (s. Nr. 3/87, 1/88, über Aktionen in Bremen, München, Darmstadt). Jetzt haben auch KD-Ver in der anderen Republik, Mitglieder des „Freundeskreises der Wehrdiensttotalverweigerer“, mit einer Denkmal-Aktion an den „Widerstand der kleinen Leute“ während des Zweiten Weltkrieges erinnert. Aus Berlin (Ost) erreichte uns folgender Bericht:

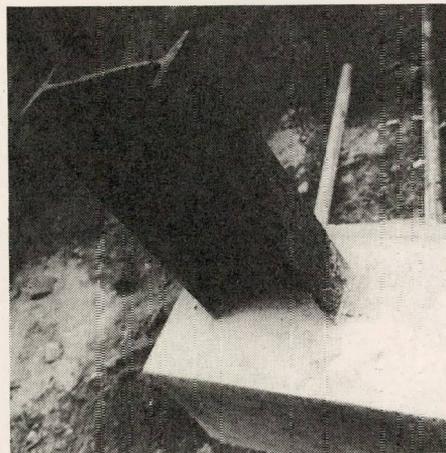
Plastik

„Dem unbekanntem Deserteur“

Betrat man das Gelände der Erlösergemeinde Berlin (Ost) bei der diesjährigen Friedenswerkstatt, so fand man gleich am Eingang einen Aufsteller. „Feiglinge? Drückeberger? Verräter? Helden?“ so waren die Tafeln überschrieben. Eine kurze Darstellung der rechtlichen Situation von 1933-45 informierte über die Strafen für „Wehrkraftzersetzung, Feigheit vor dem Feind.“ Für Desertion stand die Todesstrafe. „Bisher ist die genaue Zahl der durch die deutschen Kriegsgerichte des Zweiten Weltkrieges gefällten und vollstreckten Todesurteile nicht genau bekannt. Nach Angaben der Abteilung Wehrmachtverlustwesen des Oberkommandos der Wehrmacht wurden bis Ende 1944 9732 Todesurteile vollstreckt. Bis zum 30. Juni '44 ist die Zahl von 11664 Todesurteilen überliefert. Seriöse Schätzungen gehen von insgesamt 14500 (Hennicke) bis 16000 (Messerschmidt) durch die Wehrmachtsjustiz vollstreckten Todesurteilen aus.“

Drei kurze Biographien von Deserteuren des 2. Weltkrieges gaben einen Einblick in deren Erlebnisse. Am frühen Nachmittag lud der „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“ zu einem Theaterstück mit einer „Plastischen Aktion“ ein.

Sehr eindrucksvoll wurde die Erzählung von Wolfgang Borchert „Jesus macht nicht mehr mit“ gespielt. Schwarz gekleidete Soldaten schachteten Gräber aus. Ein Soldat, der Jesus genannt wurde, mußte darin probeliegen. Als dieser Jesus sagte: „Ich mache nicht mehr mit. Täglich diese Gräber, diese



Der noch unbearbeitete Eisenträger für die Plastik.

Toten ... Ich kann es nicht mehr ertragen ...“, wurde die ganze Brutalität des Krieges, die absolute Entmenschlichung des einzelnen deutlich. Ich denke, die Zuschauer konnten mitfühlen, daß er nicht mehr mitmachte, daß ihn das Brüllen des Offiziers nicht mehr zurückhielt!

In die Mitte zwischen die Gräber trugen dann die Schauspieler einen Zementsockel mit einem Doppel-T-Träger. Die eine Seite des Trägers wurde mit einem Schweißbrenner abgetrennt. Als dann die Hammerschläge ertönten und der Träger nur langsam nachgab, wurde die tiefe Symbolik deutlich. Spontaner Beifall als ein Schild mit der Aufschrift „Dem unbekanntem Deserteur“ angeschraubt wurde.

Eine kurze Ansprache und die Einladung zum Gespräch schlossen die „Plastische Aktion“ ab.

Noch immer, mehr als 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, gilt der Makel: Vaterlandsverräter, Drückeberger, Feigling, Verbrecher! Es fehlt eine umfassende Information und Würdigung jener Menschen, die den Dienst in der Hitler-Armee verweigerten oder diesem verbrecherischen Krieg den Rücken kehrten. Sie konnten die Grauen des Krieges nicht länger ertragen. Die Angst vor dem sinnlosen Tod, traumatische Fronterlebnisse, Trennungsschmerz und die Angst um zurückgelassene Menschen ließen die Entscheidung zur Desertion in ihnen reifen. Nur selten war es eine rein pazifistische, christliche oder gar politische Entscheidung. Sie trieb der Wille zum Überleben, die Hoffnung auf eine Existenz ohne Krieg.

Feiglinge, Drückeberger, Verräter, Helden? Wer will diese Frage beantworten?! – Auf jeden Fall waren sie Opfer. Sie waren Menschen, die wie normale Menschen fühlten. Manche waren vor dem Krieg schon mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Doch die erlebte Realität, die Entmenschlichung, die ein Krieg mit sich bringt, hat sie nicht weiter

mitmachen lassen. Sie stiegen aus, sie desertierten.

Der „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“ will mit seiner Plastik nicht eine einzelne Gruppe der Opfer des 2. Weltkrieges herausheben, sie zu besonderen Helden machen, aber erinnern an sie. Wir wollen ihre seelischen Nöte, die gewiß auch viele andere quälten, die nicht den fast selbstmörderischen Schritt der Desertion gegangen sind, ins Gespräch bringen.

Unsere Plastik soll ein Anstoß zum Gespräch sein: Spurensicherung, Suche nach Hintergründen, nach Überlebenden, werden die nächsten Schritte sein.

Es wird ein langes Gespräch werden. Wie schwierig es sein wird, ist schon daran zu erkennen, daß bisher noch kein fester Standort für die Plastik gefunden werden konnte.

Jesus macht nicht mehr mit

Hinter ihm schrie der Unteroffizier: Jesus! Sie kehren sofort um! Ich gebe Ihnen den Befehl! Sie haben sofort weiterzuarbeiten! Der Unteroffizier schrie, aber Jesus sah sich nicht um. Er stetzte wie ein Vogel durch den Schnee, wie ein Vogel, nur um das Knirschen zu vermeiden. Der Unteroffizier schrie – aber Jesus sah sich nicht um. Nur seine Hände machten eine Bewegung, als sagte er: Leise, leise! Um Gottes willen keinen wecken! Ich will das nicht mehr. Nein. Nein. Immer ich. Immer ich. Er wurde immer kleiner, kleiner, bis er hinter einer Schneewehe verschwand.

Ich muß ihn melden. Der Unteroffizier machte einen feuchten wattigen Nebelballen in die eisige Luft. Melden muß ich ihn, das ist klar. Das ist Dienstverweigerung. Wir wissen ja, daß er einen weg hat, aber melden muß ich ihn.

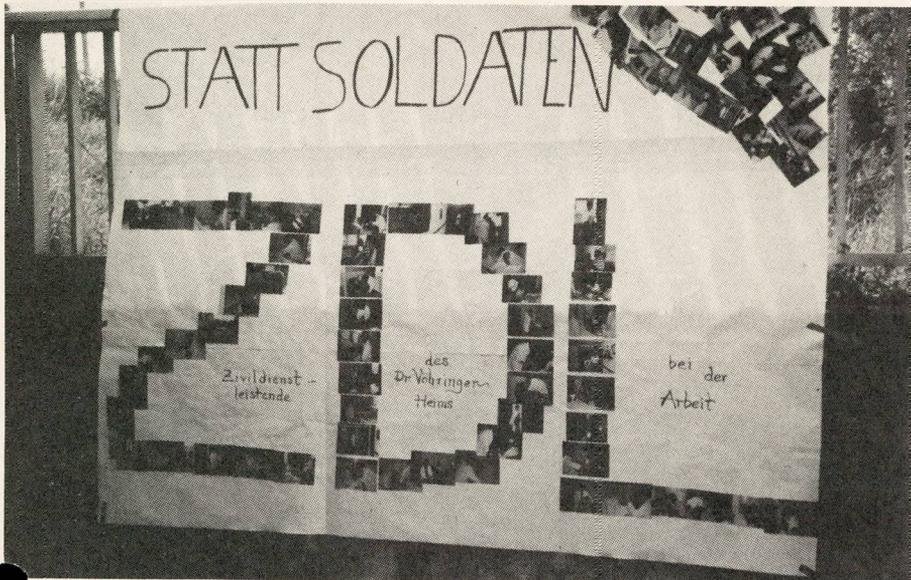
Und was machen sie dann mit ihm? grinste der andere.

Nichts weiter. Gar nichts weiter. Der Unteroffizier schrieb sich einen Namen in sein Notizbuch. Nichts. Der Alte läßt ihn vorführen. Der Alte hat immer seinen Spaß an Jesus. Dann brüllt er ihn zusammen, daß er zwei Tage nichts isst und redet, und läßt ihn laufen. Dann ist er wieder ganz normal für eine Zeitlang. Aber melden muß ich ihn erstmal. Schon weil der Alte seinen Spaß dran hat. Und die Gräber müssen doch gemacht werden. Einer muß doch rein, ob es paßt. Das hilft doch nichts.

Warum heißt er eigentlich Jesus, grinste der andere.

Oh, das hat weiter keinen Grund. Der Alte nennt ihn immer so, weil er so sanft aussieht. Der Alte findet, er sieht so sanft aus. Seitdem heißt er Jesus. Ja, sagte der Unteroffizier und machte eine neue Sprengladung fertig für das nächste Grab, melden muß ich ihn, das muß ich, denn die Gräber müssen ja sein.“ Wolfgang Borchert

Aus: „Jesus macht nicht mehr mit“ in: W. Borchert, Das Gesamtwerk, Rowohlt-Verlag. (Das Buch wird unter den Rätselinsendern verlost!)



Kontrastprogramm: Fotoausstellung „Zivis bei der Arbeit“.
Foto: A. Heim

Nachwuchsprobleme!

Zivis waren bei einer Werbeveranstaltung der Luftwaffe.

Ein Bericht von ZDL Andreas Heim, Nürtingen.

Tja, unsere Bundeswehr braucht unbedingt Nachwuchs: Es werden immer weniger Wehrpflichtige, und die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist weiter angestiegen. Was kann die Bundeswehr da noch tun? Sie macht Werbung.

Nun war auf ihrem zwölfmonatigen Zug durch deutsche Lande die Luftwaffe mit ihrem Ausstellungstroß u. a. auch fünf Tage lang Gast auf dem Festplatzgelände im württembergischen Nürtingen. Man setzte alles daran, viel Werbung zu machen und nach außenhin gut auszusehen. Dies jedoch brachte auch den örtlichen Friedenskreis und Nürtinger ZDL auf den Plan.

Besonders angesprochen fühlten sich die ZDL des Dr. Vöhringer-Altenheims, da dieses nur wenige hundert Meter vom Ausstellungsgelände entfernt liegt. Die Zivis wollten z. B. anhand einer Fotoplakatwand aufzeigen, wie der Dienst in einem Altenheim aussieht, daß dieser Dienst kein leichter, „lockerer Job“ ist, sondern anstrengende Arbeit.

Natürlich hatte man auf Seiten der ZDL und des Friedenskreises gehofft, daß man von der Stadt die Erlaubnis bekommt, einen Stand innerhalb des Geländes oder zumindest in unmittelbarer Nähe des Ausstellungsgeländes aufzustellen. Dies wurde jedoch aus „Sicherheitsgründen“ nicht erlaubt. So mußte man sich mit einem Stand in 200 Meter Entfernung vom Ausstellungsgelände begnügen.

„Mein Traum von 1945: Nie wieder Militär. Die Realität heute – ein Alptraum!“

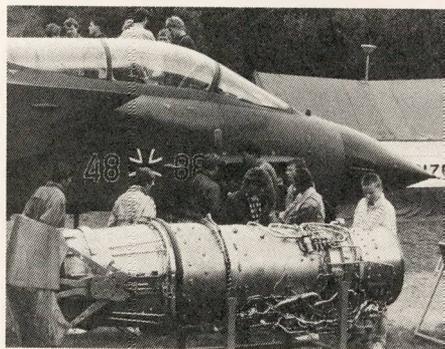
Rose Steinbuch

Dies hatte jedoch den großen Nachteil, daß nur Einheimische, die zu Fuß zur Ausstellung unterwegs waren, an unserem Stand vorbeikamen. Denn Autos und vor allem die massenweise in Bussen angereisten Schüler aus der ganzen Umgebung wurden sofort auf das Ausstellungsgelände gelotst, so daß viele überhaupt nicht erreicht werden konnten.

Es durften auch keine Flugblätter oder Plakate auf das Gelände mitgenommen werden. Die Bundeswehr duldet eine solche Meinungsäußerung auf „ihrem“ Gelände nicht.

Einzig und allein Luftballons (die mit den Friedenstauben) waren erlaubt.

Überhaupt: Das ganze System, nach dem solch eine Ausstellung aufgezogen



Fotos: W. Schulz



wird, besteht darin, daß den größtenteils jugendlichen Besuchern durch raffinierte Tricks, Werbemethoden und Technikfaszination jeglicher Schrecken vor den Waffen genommen wird.

„Wer seinen Wehrdienst ableistet, der steht voll und ganz hinter der Bundeswehr.“

Jugendoffizier

Dieses Ziel wollte man erreichen durch fetzige Discomusik aus Bundeswehrlautsprechern, Preisrätsel, Verlosung von Hubschrauber-Flügen, aufgestellte Tornado- und Alpha Jet-Flugzeuge zum Reinsitzen und Rumspielen, Videofilme über „Starke Männer“ bei Wehrübungen, Reservistentreffs, Radarortung der Flugzeuge in der Umgebung, Einladung zur Wehrdienstberatung und durch einen Informations-PC, der einem Hauptschüler sofort seine BW-Chancen ausdrückte. Für uns war das Ganze jedoch nichts anderes als die Verharmlosung von Vernichtungswaffen. Es war auch nicht selten der Fall, daß Jugendliche ganze Plastiktüten voll mit Broschüren und Informationszetteln nach Hause schleppten. Da hatte oft ein wub-Heft oder ein Flugblatt des Friedenskreises keinen Platz mehr. Trotz den ungünstigen Voraussetzungen kamen am Rande der Ausstellung sehr viele Gespräche zustande:

„Ich gehe zur Bundeswehr, damit ich unsere Nation gegen den russischen Feind verteidigen kann.“

Schüler, 14 Jahre

Die bundesdeutsche Sicherheitspolitik, das Ost-West-Verhältnis, das Feindbild UdSSR, Sinn oder Unsinn des Rüstungswettlaufs, das waren ebenso wie das Grundrecht auf KDV die oft diskutierten Themen. Die meisten Gespräche und Diskussionen waren sehr sachlich, nur selten erwiderte ein Besucher auf in Flugblatt des Friedenskreises Sätze wie: „Schert euch doch nach Rußland.“

„Solange ich lebe, gab es Militär – und daran wird sich nie etwas ändern.“

Besucherin, 70 Jahre

Trotz der mancherorts starken Ablehnung haben wir mit unserem Auftreten und unseren Aktionen, wie z.B. der „Umstellung“ des Tornados, doch wohl so manchen Besucher zum Nachdenken angeregt.

Das ist immerhin ein Erfolg.

Die Luftwaffenschau ist in unserer Region vorbei, und der Friedenskreis macht sich nun zusammen mit fast allen kirchlichen „Vereinen“ und Friedensgruppen daran, die Friedenswochen '88 zu gestalten.

(Sie finden vom 7.11. – 20.11.88 in Nürtingen statt. Nähere Informationen erhält man über das Ev. Jugendwerk Nürtingen, Tel. 0 70 22 / 3 44 41)



Christian Glass,
Volkskundler

Das Zusammenleben mit den Leuten, mit denen ich lebe. Die Umwelt, die Natur macht mir Hoffnung. Das Prinzip Hoffnung habe ich in Bezug auf die Umwelt. Das Wichtigste scheint mir aber schon das Zusammenleben mit anderen Menschen. Das gibt mir auch etwas, wo ich meinen Alltag mit bewältigen kann.



Olaf Rommel,
Elektroinstallateur

Schwer zu sagen. Meine berufliche Zukunft auf jeden Fall. Und auch, daß Unfreiheit, Apartheid und so abgeschafft werden. Aber vorwiegend meine berufliche Laufbahn. Ich bin erst in der Ausbildung, möchte dann aber weitermachen und denke auch, daß es klappt. Sicherlich auch, daß man mal eine Familie gründet.



Jürgen Fuchs,
Diplomphysiker

Daß die Umweltpolitik doch große Fortschritte macht in letzter Zeit. Da sind zwar spektakuläre Dinge in der Öffentlichkeit aufgetreten, aber man sieht doch, daß das Umweltbewußtsein deutlich zunimmt. Das gilt auch für das, was schon erreicht wurde.



Betty Seegar-Froget,
Lehrerin

So spontan ist es ein bißchen schwierig. Vielleicht doch eine neue Wende, oder so was ähnliches. Daran glaube ich. Also jetzt nicht im biologischen oder im Naturbereich, sondern im geistigen Bereich. Daß da jetzt wieder eine Wende einkehrt. Ich bin eine alte 68erin, deshalb hoffe ich sehr darauf. Ich denke dabei auch an politische Bewegungen.

Wenn Sie an die Zukunft denken, was macht Ihnen da Hoffnung?



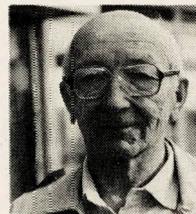
Christine Schrammel,
Metallografin

Das erste wäre eigentlich das Persönliche. Freundschaft. Die Zweierbeziehung. Mit Hoffnung kann ich gar nicht so viel anfangen. Ich bin nicht so unglücklich, daß ich mir überlegen muß, was macht mir Hoffnung. Das kann man immer nur sagen, wenn's einem gerade nicht so gut geht. Ich meine, wenn ich die Welt so von außen betrachte, habe ich sehr wenig Hoffnung. Da muß sich sofort was ändern. Umweltschützer machen mir da Hoffnung.



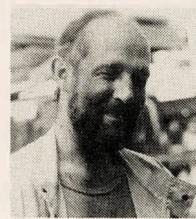
Catherine Fouret,
Studentin

Ich denke, daß alles besser gehen wird. Für mich denke ich nur an die Gegenwart. Ich weiß, daß sich alle Leute wünschen glücklich zu sein, aber ich denke, daß es schlecht geht im Moment. Politik z. B. macht mir keine Hoffnung. Es gibt immer Leute, die nur an ihre eigenen Interessen denken. Ich kann mir schlecht vorstellen, daß es Leute in der Politik gibt, die im Interesse von anderen Menschen handeln. Für mich hoffe ich, daß ich eines Tages einen Job finden werde, der mich interessiert. Und ich hoffe, daß ich neben meiner Arbeit viele andere Sachen machen werde.



Werner Schott,
Rentner

Es ist momentan wenig Hoffnung. Es müßte mal die ganze Umweltverschmutzung ganz aggressiv in Angriff genommen werden. Denn sonst haben unsere Enkel und Urenkel ein bitteres Leben. Ich glaube gerade, daß sich die Jugendlichen aller Völker immer mehr verständigen, und daß sie dann gemeinsam in Zukunft mehr für's Leben und für die Zukunft tun. Also die Jugend macht mir schon noch Hoffnung.



Peter Weigert,
Verwaltungsangestellter

Das ist relativ schwer zu sagen, weil es überall abwärts geht. Der Umgang mit Menschen z. B. macht mir noch Hoffnung. Und das Erlebnis, zu sehen, daß es Menschen gibt, die doch noch nicht ganz so sind, wie man es allgemein annimmt. So daß also schon noch ein bißchen Zukunft da ist. Aber es ist eben nicht viel. Und mit der Jugend wird's auch nicht besser. *Zwischenfrage: Gibt Ihnen die Religion Hoffnung?* Ich glaube zwar an Gott, aber ich glaube nicht, daß Gott uns soweit hilft, daß man einfach nichts zu tun braucht, daß man die Hände in den Schoß legen kann. Man muß schon selber auch was tun. Und die Leute sind nicht bereit selber was zu machen.



Jochen Martens,
EDV-Referent

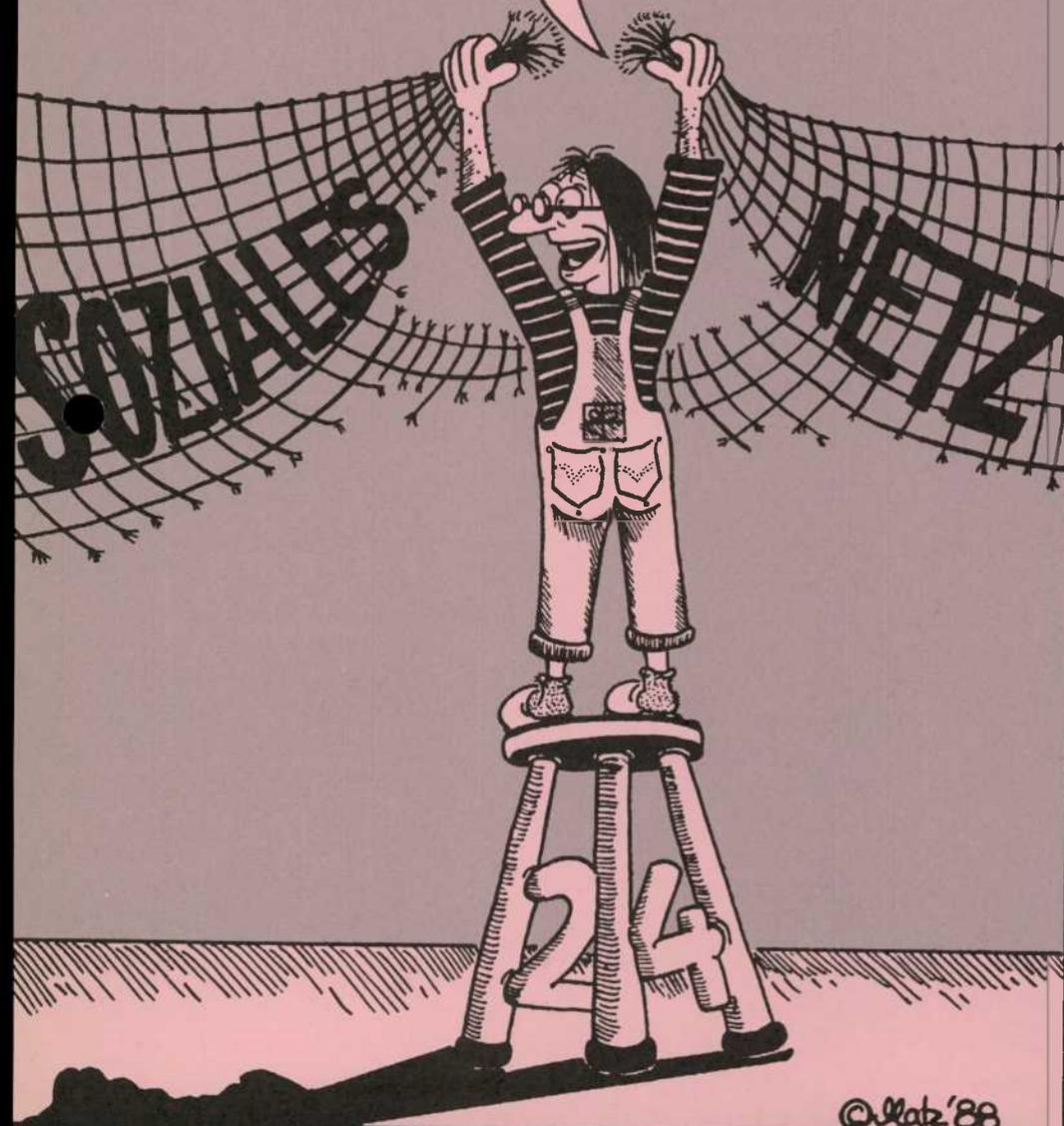
Relativ wenig. Aber es gibt doch Menschen, die langsam anfangen umzudenken, in Richtung einer besseren Zukunft. Ich mein das jetzt eher ökologisch. Ob es so ein richtig neues Denken ist, weiß ich nicht, aber man merkt inzwischen die Grenzen unserer heutigen Politik und des ganzen Systems. Jeder spürt jetzt so langsam an eigenen Leib, daß es so nicht weiter gehen kann. Und daher kommt das Umdenken.

Hoffnungslos... Einen ganzen Tag standen wir auf der Straße, die neun Antworten hier sind die gesamte Ausbeute. Entweder winkten die Menschen gleich ab oder es fiel ihnen auch nach längerer Denkpause einfach nichts ein. Ist denn unsere Zukunft wirklich so hoffnungslos? Uns würde interessieren, was wub-Lesern auf die obige Frage einfällt. Wer will, kann uns schreiben: kurz, persönlich, spontan!

THEMA

NEUE ARMUT

WAS WOHL
PASSIERT, WENN
ICH LOSLASSE?



Wenn im Zirkus, hoch oben unter der Kuppel, die Artisten auf dem Drahtseil balancieren, dann haben sie – wenn sie vernünftig sind – zu ihrer Sicherheit ein Netz unter sich. Wer ausrutscht, dem passiert nicht viel, das Netz ist elastisch, der Artist wird weich aufgefangen und kann anschließend unbeschadet wieder hochsteigen.

Eine ganz ähnliche Vorstellung steckt wohl dahinter, wenn in der Sozialpolitik vom „Netz der Sozialen Sicherheit“ die Rede ist. Aber irgendwie ist an diesem Bild etwas faul. Wenn man genau hinsieht, entdeckt man nämlich viel zu viele, die dort unten, wo die Scheinwerfer nicht mehr hinreichen, am Boden liegen. Haben die sich alle zu weit hinausgewagt? Ist das Netz zu brüchig – oder sind einfach die Maschen zu grob?

Der Sozialwissenschaftler und Autor Wolf Wagner hat in seinem Buch mit dem provozierenden Titel „Die nützliche Armut“ (s. S.14) ein anderes, vielleicht treffenderes Bild vom sozialen Netz entworfen: „Ich behaupte: Das Netz ist in Wirklichkeit umgestülpt. Anstatt daß es nach unten durchhängt, wölbt es sich hoch. Dort, wo es an den Seiten sichernd und stützend hochgespannt sein müßte, damit man zur Mitte hin rollt und nicht abstürzt, fällt es steil zum Rand hin ab“.

Ein solches Netz, meint Wolf Wagner, ist immer noch besser als gar keins und für den „Normal-Fall“ – kurze Krankheit z.B., oder vorübergehende Arbeitslosigkeit – sogar von Vorteil: Man fällt erstmal nicht so tief und ist schneller wieder am Seil. Wenn sich die Sache aber hinzieht – chronische Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit – dann gehen nicht nur die eigenen Kräfte aus, dann werden auch die Maschen immer durchlässiger, sprich: die Sozialleistungen immer schwächer.

Wagner: „Wo die Not am größten ist, da ist das Netz am schwächsten“.

W. Schulz

Sozialhilfe / Einkommen

Die Gesamtausgaben für Sozialhilfe betragen 1986 23,2 Milliarden Mark, 380 DM je Einwohner der BRD. (Für Arbeitslosengeld und -hilfe waren 1986 noch einmal 23 Milliarden Mark aufzuwenden.)

- Von je 1000 Einwohnern waren Sozialhilfeempfänger (1986) in Baden-Württemberg und Bayern: 33
- in Berlin: 90
- in Hamburg: 93;
- 123 000 Haushalte von „Ehepaaren mit Kindern“ waren 1986 auf Sozialhilfe angewiesen.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden: durchschnittliches Nettoeinkommen 3 700 Mark pro Haushalt (ohne Großverdiener mit mehr als 25 000 DM pro Monat).

- 1,5 Mio. Haushalte, in denen kein Ernährer eine Erwerbstätigkeit hat, kümmern an der Grenze zur Armut; weniger als 1 200 DM zum Leben;
- 40% aller Beziehler von Sozialhilfe sind jünger als 25 Jahre;
- 2,2 Mio. Menschen (1970: 750 000) erhielten 1986 Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) = Sozialhilfe;
- 417 000 Arbeitslosenhaushalte waren 1986 auf HLU angewiesen, 61% davon ohne jegliche Ansprüche auf Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit (BfA);
- Schuldner-Beratungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden melden zunehmende Nachfragen. Nach Erfahrungen der Beratungsstelle beim DW Würzburg z.B. beträgt die durchschnittliche Schuldenhöhe, mit der sich die Mitarbeiter auseinandersetzen müssen,

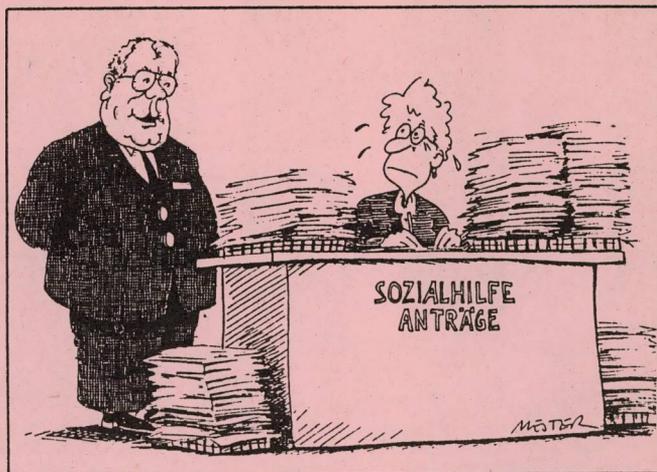
Arbeitslose

Stand: August 1988

Quote: 8,5%

= 2 167 109 gemeldete Arbeitslose

- Ende 1987 waren 475 000 Bundesbürger/innen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet;
- mindestens 1,3 Mio. Kinder und Jugendliche, so ermittelte die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit 1984, leben in Familien mit mindestens einem arbeitslosen Elternteil - Tendenz steigend;
- etwa 11% aller Kinder unter sechs Jahren wachsen in Arbeitslosenhaushalten auf. 400 000 Jungen und Mädchen erfahren damit schon im Vorschulalter die Auswirkungen der elterlichen Arbeitslosigkeit;
- 1,5 Milliarden Überstunden werden nach Schätzungen von Experten jährlich geleistet. Durch den Abbau der Mehrarbeit wären mindestens 50 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- ca. 670 000 Menschen galten 1987 als Langzeitarbeitslose (länger als ein Jahr arbeitslos) - 1980 waren noch lediglich 100 000 Menschen länger als ein Jahr erwerbslos;
- 13% der Langzeitarbeitslosen haben einen ebenfalls arbeitslosen Ehepartner;
- über 130 000 Langzeitarbeitslose sind jünger als 30 Jahre;
- bei den Arbeitsämtern der zwölf Mitgliedsstaaten der EG waren im Oktober 1987 16 Mio. Arbeitslose registriert, das sind 10,8% der Erwerbsspersonen. 36% davon waren junge Menschen unter 25 Jahren;



»Voll-Beschäftigung, Produktionssteigerung . . . das sieht man gerne!«
Zeichnung: Gerhard Mester

über 60 000 DM. Vor allem sind es Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen und Rentner/innen, die wegen ihrer Schulden um Rat suchen;

- durchschnittliches Netto-Haushaltseinkommen von Unternehmern in Deutschland 1986: 147 000 DM pro Jahr.

Wohnung

Mindestens 900 000 Menschen leben in unzumutbaren Wohnungen.

- Mindestens 140 000 Menschen leben ohne Wohnung (Nichtseßhafte). Wie der Caritas-Verband berichtet, zählen zu ihnen in wachsendem Maß auch Frauen. Experten schätzen, daß in der Altersgruppe unter 24 Jahren jede/r fünfte Nichtseßhafte weiblich ist;
- durchschnittlich stehen in der Bundesrepublik pro Person 32 qm Wohnfläche zur Verfügung.

Alleinerziehende

Rund 1,5 Mio. alleinerziehende Mütter und Väter gibt es in der BRD. 90% davon sind Frauen.

- Die Zahl der Alleinerziehenden wird steigen. Experten schätzen, daß es im Jahr 2000 knapp 3 Millionen alleinerziehende Mütter und Väter geben wird;
- 65% aller alleinerziehenden Mütter leben am Rande des Existenzminimums; monatliches Einkommen unter 1 200 Mark;
- 209 000 alleinerziehende Mütter und Väter bezogen 1986 Sozialhilfe. Diese Zahl nimmt jährlich um etwa 10% zu.

Bücher zum Thema

- Wolf Wagner:** Die nützliche Armut. Eine Einführung in die Sozialpolitik. Rotbuch Verlag, Berlin 1987 (Nr. 249)
- Ulf Claußen (Hg.):** Die im Dunkeln sieht man nicht. Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit die neue soziale Frage. Sozialwissenschaftliches Institut der Evang. Kirche in Deutschland. SWI-Verlag, Bochum 1985
- DIE GRÜNEN** und der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ (Hg.): Grundrechte statt Altersarmut. DIE GRÜNEN und die „Grauen Panther“ fordern Rentenreform. Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH, Berlin 1985
- Jürgen Roth:** Zeitbombe Armut. Soziale Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Rasch und Röhrig Verlag, Hamburg 1985

Zeichnung:
Deutsches Allgemeines
Sonntagsblatt/
Jan Tomaschoff



Keine Arbeit



„Wenn du um neun noch nichts hast, kannst du wieder abziehen.“
Fotos W. Schulz

„Die Herrschaft Gottes kann man mit einem Weinbergbesitzer vergleichen, der früh am Morgen ein paar Arbeiter für die Arbeit in seinem Weinberg anstellt.“

Es ist kurz nach 6 Uhr, draußen noch dunkel und kalt. In einer Seitenstraße des Stuttgarter Großmarktviertels stehen Männer vor einer Holzbaracke. Es sind etwa 70-80, vielleicht 100. Die Jacken zugeknöpft, eine Selbstgedrehte im Mund, Plastiktüten in der Hand. Alter so zwischen 30 und 50.

Um viertel nach sechs geht an der Baracke eine Tür auf, die Leute setzen sich in Bewegung. „Arbeitsamt Stuttgart Zeitarbeitvermittlung“ steht auf einem Schild. Insider nennen den Laden kurz „die Börse“ - und an diesem Bild ist einiges dran. Wer hier frühmorgens antritt, der spekuliert tatsächlich - auf 8 Stunden Arbeit, auf einen „Blauen“ am Abend, wenn's gutgeht. Auch ohne die großen Geldsummen sind die Einlagen hoch, mancher setzt hier alles, was er noch hat: seine Arbeitskraft. Und später dann, drinnen im Warteraum, gehen am gestreckten Arm auch immer wieder Wertpapiere in die Höhe: Personalausweise.

Die meisten kennen das Ritual: Im Büro, hinter einer vergitterten Glasscheibe, warten zwei Angestellte des Arbeitsamtes am Schreibtisch auf Anrufe. Was reinkommt wird auf einen Vordruck, dem „Schein“ notiert.

Dann drängelt sich alles vor die Tür neben dem Fenster. Die Tür geht auf, der Mann vom Arbeitsamt gibt die neueste Notierung bekannt: „Zwei Bauhelfer für Abbrucharbeiten, ein Tag, 11 Mark netto die Stunde“. Der Mann hat noch nicht ausgesprochen, da gehen auch schon die Ausweise in die Höhe. Den Zuschlag kriegt, wer dem Arbeitsver-

mittler seinen Ausweis in die Hand drückt. Die Namen der beiden „Bauhelfer“ werden auf den „Schein“ übertragen. Sie sollen sich bei Herrn Soundso melden.

Die Männer nicken, „alles klar“, stecken die Papiere ein und drücken sich durch nach draußen. Für heute sind sie hier fertig.

„Er verspricht ihnen, den üblichen Lohn zu zahlen und schickt sie los.“

Zwischen sechs und halb acht läuft es einigermaßen in der Baracke, die Gruppe der Wartenden nimmt spürbar ab. Aber dann geht die Tür immer seltener auf. „Wenn du um neun noch nichts hast, dann kannst du wieder abziehen“, erklärt mir Erwin*. Er kommt seit etwa sieben Jahren regelmäßig hier her. Ab und zu 80 Mark Taglohn und 13 Mark HLU (Hilfe zum Lebensunterhalt), die er sich vom Sozialamt holt - davon lebt er.

Anders als an der echten Börse läuft der Handel hier sehr ruhig und ohne Hektik ab. Kein Geschrei, keine Ellenbogen. Man steht in kleinen Gruppen, geredet wird nicht viel, manchmal reißt einer einen Witz, hinten auf der Bank macht eine zerfledderte Bild-Zeitung die Runde.

„Um neun geht er wieder auf den Marktplatz und sieht dort noch ein paar Männer herumstehen. Ihr könnt auch noch in meinem Weinberg arbeiten, ich will euch angemessen bezahlen, sagt er; und auch sie gehen arbeiten. So geht es noch einmal um zwölf und gegen drei Uhr.“

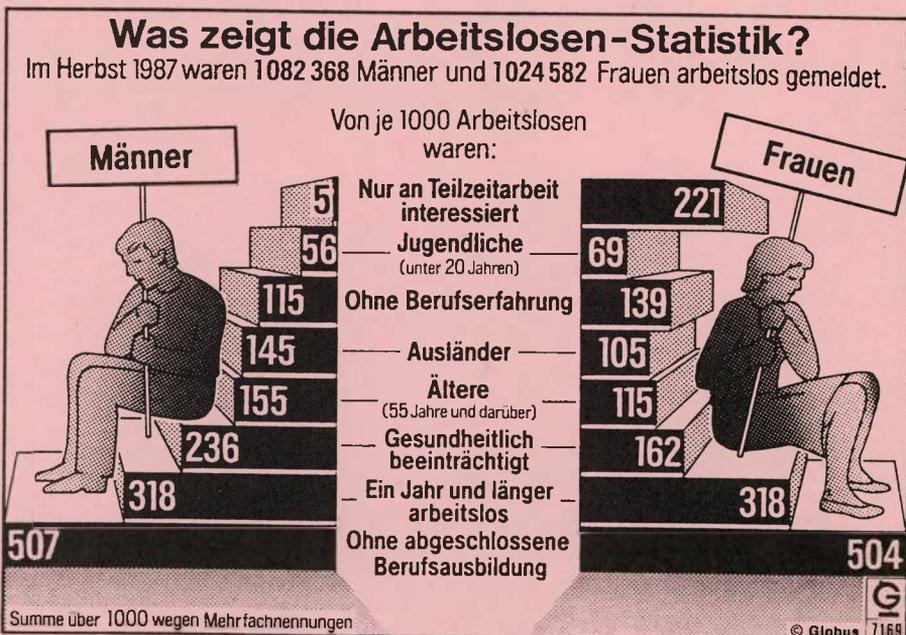
Kurz vor acht Uhr kommen noch einige Arbeiter-Suchende mit dem Auto vorgefahren und nehmen gleich mit, was sie brauchen: Helfer zum LKW-Laden, für Umzüge, für die

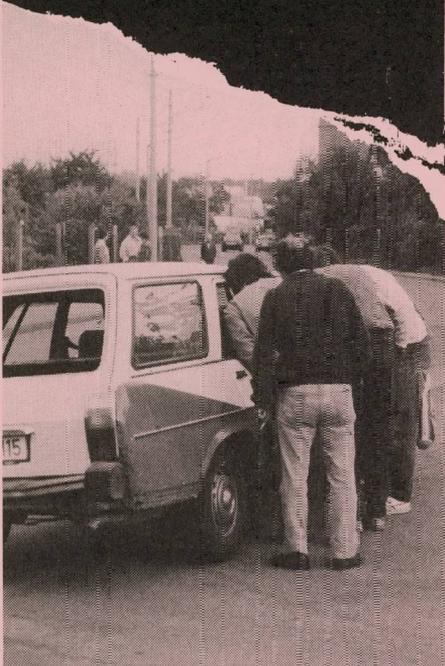
Landschaftsgärtnerei - und immer wieder „Bauhelfer“. Viele der Unternehmer, die heute hier Hilfskräfte ordern, sind Stammkunden. Natürlich kennen sie den aktuellen Kurs: 10 Mark ist normal, 12 Mark ist Spitze. Im Durchschnitt haben die Männer also 80 Mark Tagelohn, gerade soviel wie einer der oberen Zigtausend im Nobelhotel am Bahnhof für sein Mittagmenü hinlegt - ohne Nachtisch.

Ihren Verdienst erhalten die vermittelten Arbeiter abends, bar auf die Hand. Wenn's sein muß, dann gibt es gegen Mittag, für die Brotzeit, einen Vorschuß.

Nach acht Uhr geht in der Arbeitsamtbaracke das Geschäft nur noch schleppend. Da findet dann endlich auch der Kohlenhändler, der schon mehrfach vergeblich angerufen hat, noch einen Helfer. Den ganzen Tag Säcke schultern, das würden viele ganz einfach körperlich nicht schaffen. Der junge, dynamische Fitneß-Typ ist an dieser Börse nicht vertreten. Niemand, dem hier der „Spaß am Erfolg“ aus dem Gesicht strahlt, keiner, der vor Selbstbewußtsein strotzt. Wie denn auch? Nach jahrelanger Arbeitslosigkeit, mit nicht viel mehr als einem Bett in einer vom Sozialamt vermittelten Unterkunft, oft noch nicht mal das, Schulden am Hals...? Wer hier herkommt und um die letzten Krümel ansteht, die der Arbeitsmarkt noch abwirft, der ist schon ziemlich unten.

Viele wirken verschüchtert, scheuen den Kontakt mit den Augen, blicken viel zu oft auf den Boden. Aber ganz unten („das wollen wir dann doch klarstellen“) sind wir hier noch nicht: Es gibt „Typen“, die sind noch schlimmer dran: die draußen liegen auf der Straße, ihre Arbeitskraft nicht mal mehr anbieten können, weil sie tatsächlich keine Kraft mehr haben. „Scheiß Alkohol“. Und es gibt Gruppen - vielleicht braucht das der Mensch - auf die man von hier drinnen noch runterschaut: gleich vor der Baracke stehen Polen, Rumänen, Asylanten von überall her. „Die dürfen hier nicht rein. Die haben keine Arbeitserlaubnis und nehmen uns trotzdem die Arbeit weg. Für 5 oder 6 Mark die Stunde schaffen die. Schwarz.“





„Um fünf Uhr geht er noch einmal zum Marktplatz und sieht immer noch einige herumstehen. Warum tut ihr den ganzen Tag nichts, fragt er sie. Weil wir keine Arbeit gefunden haben! Gut, ihr könnt auch noch in meinem Weinberg arbeiten, sagt er ihnen.“

Acht Uhr zwanzig. Am Zaun vor der Baracke fährt ein verbeulter Kombi vor. Die zwei Männer in ihren teuren Lederjacken, Mitte Zwanzig, steigen nicht aus. Ist auch nicht nötig, denn sofort stehen 8, 10 Wartende am Beifahrerfenster. Es wird verhandelt.



Die beiden im Auto sind Schausteller. Der „Cannstatter Wasen“, dort wird in diesen Tagen für's Volksfest aufgebaut, ist ganz in der Nähe. Die sich draußen an das Auto lehnen sind Polen und Rumänen. Sie sind als Touristen in die Bundesrepublik eingereist. Was sie aber nach Stuttgart lockte, das sind weder die Kunstschätze in der Staatsgalerie, noch die Aussicht auf erholsame Tage in der süddeutschen Landschaft – es ist die Hoffnung auf einen Urlaubsjob in der reichsten Ecke des reichen Nachbarn. „Wir brauchen Geld“, sagt einer und man weiß es ja: der polnischen Bevölkerung geht es nicht gut. Ein Drittel aller Polen lebt unterhalb des sozialen Mindeststandards.

Wer aber hier ohne Lizenz spekuliert, dem wird der Dumping-Kurs diktiert. Den beiden jungen Polen, die jetzt in den Kombi eingestiegen sind, haben die „Jungunternehmer“ 200 Mark versprochen – in der Woche! – inkl. Unterkunft. Bevor sie schließlich abbrausen (weil jemand verraten hat, daß der Typ hier von der Presse ist) lassen sie noch durchblicken, daß man durchaus geneigt wäre, für mich ein paar Mark draufzulegen, denn: „Deutsche sind uns lieber.“

Aber Deutsche kriegt ein Schausteller hier an der „Börse“ nicht, da sind sich alle einig. Die Bedingungen haben sich rumgesprochen: bis zu sechzehn Stunden am Tag, kaum mal eine Pause und „die versprochene Unterkunft, das ist irgendeine Pritsche im Gerätewagen, da wo sonst die Boxautos hängen.“ (Erwin) Und mit der Zahlungsmoral, heißt es, sei es bei den Schaustellern auch nicht weit her. Irgend etwas Schriftliches gibt es schließlich nicht...

Acht Uhr dreißig. Drinnen werden noch einmal zwei Leute zum LKW-Umladen gesucht. „Stark sollen sie sein.“ Es finden sich zwei. Im letzten Jahr wurden insgesamt 11 500 „Scheine“ in der Baracke ausgegeben, zwischen 40 und 50 pro Tag. Richtig lebhaft war es an der Stuttgarter „Börse“ dagegen noch vor zwei Jahren, da lag der Schnitt bei 100 bis 120 täglich. Inzwischen sind es oft nur noch 30. Aber nochmal 30 – 50%, so schätzt der Leiter der Arbeitsamt-Außenstelle, „geht draußen ab“.

Gegen 9 Uhr geht auch draußen nichts mehr. Viele sind enttäuscht gegangen (wohin?), einige haben sich am Kiosk – dessen Standort dürfte auch kein Zufall sein – ein Bier geholt. Man kommt ins Reden und langsam wird die Stimmung ärgerlicher. Manch einem fallen jetzt ganze Listen ein, worüber „der von der Presse“ auch mal schreiben sollte:

Darüber, daß jetzt für die Aussiedler Wohnungen gebaut werden sollen. „Und wer baut für uns?“

Darüber, daß Familien, die 4 000 Mark netto im Monat haben, in Sozialwohnungen leben. „Und wenn wir zum Wohnungsamt gehen, dann heißt es, es sei nichts frei.“

Darüber, daß drüben im Wohnheim obdachlose Menschen auf dem Boden schlafen müssen. „Noch nicht mal ein Bett vom Sperrmüll bringen die für diese Leute zusammen.“

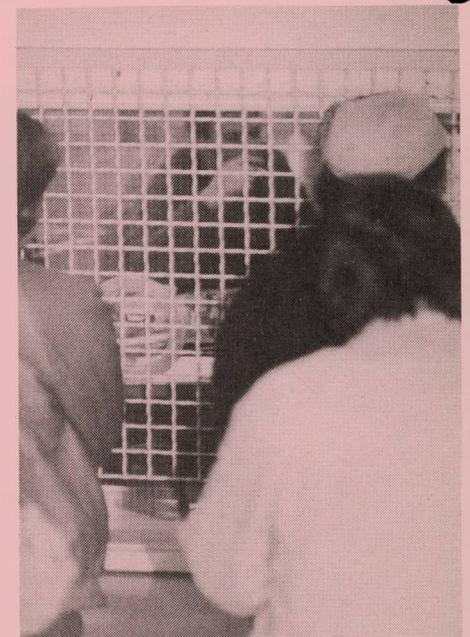
Darüber, daß jeder Student in den Fabriken mehr verdient als die Männer hier, die sich und ihre Notlage ausgenutzt sehen. „Ich bin Fliesenleger und kriege vom Unternehmer die üblichen 10 Mark in der Stunde. Aber der berechnet seinen Kunden 60 Mark.“

Und darüber, daß sie auch von der Kirche nichts mehr halten. „Sei mir still von der Kirche. Die Kirche sagt, die Menschen sind alle gleich. Von wegen! Wer ist hier gleich?“ ■

„Am Abend sagt der Besitzer zu seinem Verwalter: Ruf die Leute zusammen und zahle ihnen allen den gleichen Lohn aus. Fang bei den Zuletztgekommenen an! Die Männer, die erst um fünf angefangen haben, bekamen also den ganzen Tageslohn. Als nun die an der Reihe waren, die ganz früh angefangen hatten, dachten sie, sie würden entsprechend mehr bekommen, aber auch die bekamen den normalen Tageslohn. Sie schimpften über den Besitzer: Die andern, die zuletzt gekommen sind, haben nur eine Stunde lang etwas getan, und wir haben den ganzen Tag in der heißen Sonne gearbeitet – und dann bekommen die genauso viel wie wir! Halt, mein Bester, sagt da der Weinbergbesitzer zu einem, kannst du vielleicht sagen, daß ich euch beschwindelt habe? Die Abmachung war der übliche Tageslohn für einen Tag Arbeit – und den habt ihr bekommen, und nun geht. Schließlich ist es ja meine Sache, was ich mit meinem Geld mache. Oder seid ihr neidisch, weil ich großzügig bin? Jesus schloß: So werden die Letzten die Ersten sein und die Ersten die Letzten.“

(Matthäus 20, 1–16)

Am vergitterten „Börsenschalter“.
Der Fotoapparat ist nicht gern gesehen.
„Wir sind halt fotogen. Wenn du mit dem Foto kommst, dann geh'n wir.“



Kein Geld

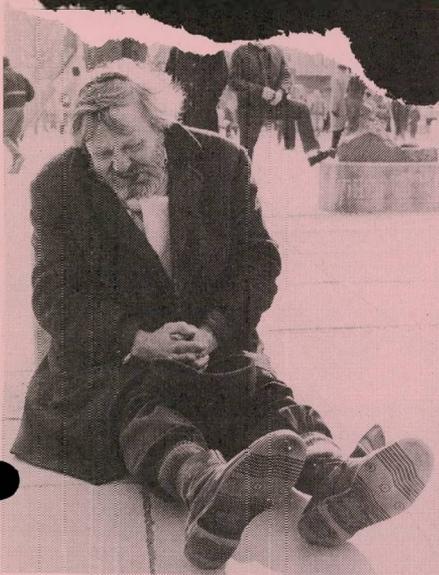


Foto: Manfred Neumann

Ein Fall - Aus den Akten des Sozialamts Stuttgart:

„Herr B. stammt aus ungünstigen Familienverhältnissen. Er konnte die Alkoholabhängigkeit seines Vaters nicht mehr ertragen, brach daher seine Lehre ab, nahm sich ein Zimmer und verdiente seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter bei einer Antennenfirma. Dort lernte er seine jetzige Frau kennen.

Als es den jungen Leuten gelang, eine Wohnung zu finden, waren sie gezwungen, einen Kredit von 10000.- DM aufzunehmen, um sich Möbel und Hausrat zu kaufen, da sie keine Hilfe von den Eltern erwarten konnten und keinerlei Aussteuer besaßen. Solange beide arbeiteten, konnten sie regelmäßig ihre Raten bezahlen. Die junge Frau bekam jedoch bereits nach einem Jahr ein Kind und mußte ihre Berufstätigkeit aufgeben. Auch vom Verdienst des Mannes wurden weitere Kreditraten abbezahlt, wenn auch in geringerer Höhe.

Unglücklicherweise machte dann noch die Firma bankrott und Herr B. wurde arbeitslos. Er bemühte sich ein ganzes Jahr lang um einen neuen Arbeitsplatz - ohne Erfolg. Das Arbeitsamt schlug ihm dann vor, eine Ausbildung als Kfz-Mechaniker zu machen, was er sofort tat. Inzwischen hat Herr B. das theoretische Jahr bereits hinter sich und die Prüfungsarbeiten bestanden.

Am 1. Februar beginnt er das praktische Jahr bei einer Autofirma. Die Unterstützung des Arbeitsamtes deckt gerade den Lebensunterhalt der Familie. Sie erhält eine monatliche Brennstoffbeihilfe vom Sozialamt und Sonderbeihilfen für Sachbeschaffungen.

Zwei Jahre lang haben sich die jungen Leute monatliche Raten von 150.- DM buchstäblich abgehungert. Die Bank war zu keinerlei Konzessionen bereit.“

Ein Fall - und das durchaus auch im wörtlichen Sinn. Niemand weiß genau, wieviele Menschen in ähnlichen Nöten stecken. Daß es aber längst nicht mehr nur Einzelfälle sind, das beweist allein schon die rasante Zunahme der sogenannten Schuldner-Beratungsstellen, die in den letzten Jahren von den Wohlfahrtsverbänden, Kommunen oder Landkreisen eingerichtet wurden. Rund 200 sind es im gesamten Bundesgebiet. Ganz besonders hoch ist die Nachfrage nach dieser Form der „Finanzberatung“ im Ruhrgebiet, aber auch in Bayern unterhält allein die Diakonie schon 15 dieser Stellen. Schuldnerberatung steht inzwischen auf den Studienplänen der Sozialpädagogikstudenten. In Stuttgart gibt es seit neuem gar eine Beratungsstelle für Berater.

Die Menschen, die mit ihren Schulden alleine nicht mehr zurecht kommen, sind vor allem Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner. Dabei stammen die aufgenommenen Kredite - fast immer für Wohnungseinrichtung oder Auto - meist noch aus jener Zeit, in der die Einkommensverhältnisse „normal“ und die Schuldenbelastung erträglich waren. Schulden zu machen ist heute längst keine Schande mehr, sondern gehört einfach dazu. An jeder Ecke, in jedem Kaufhaus werden dem Verbraucher „günstige Konditionen“ angeboten, sei es für den Urlaub („Warum Wünsche verschieben?“) oder für ein neues Auto („Wer sich jetzt keinen ... holt, ist selber schuld!“).

Nach einer Untersuchung von 1986 haben 56% aller deutschen Haushalte, bei denen der Haushaltsvorstand ganztags erwerbstätig ist, einen Kredit aufgenommen, davon 33% mit einer Kreditsumme von über 10000 Mark. Nach der Devise „Erst wird gespart und dann wird gekauft“ lebt am ehesten noch die ältere Generation, aber auch 22% der Rentnerhaushalte haben sich verschuldet. Am allerwenigsten rauben die Schulden offenbar den unter 30jährigen den Schlaf: 63% der Haushalte, deren Vorstand in Ausbildung oder im Wehr- bzw. Zivildienst steht, sind verschuldet, und dabei haben immerhin 35% einen Kredit unterschrieben, der zwischen 5000.- und 10000.- DM liegt.

Nun darf man zwar getrost unterstellen, daß die meisten das „Eis“ gründlich abklopfen, bevor sie sich mit Schulden auf finanziell

unsicheren Boden begeben, aber: die mittlere Laufzeit der Kredite beträgt 38 Monate! Wer rechnet denn schon so lange vorher z.B. mit Arbeitslosigkeit, mit Kurzarbeit oder auch mit einer persönlichen Krise, etwa einer Scheidung? Täglich verlieren Menschen ihren sicher geglaubten Arbeitsplatz - aber niemand verliert damit seine Schulden. In dieser Situation drücken die finanziellen Lasten nicht nur auf den Geldbeutel, sie drücken - mit jeder Mahnung ein bißchen stärker - vor allem auch aufs Gemüt.

„Ich bin so fertig, ich kann die Briefe nicht mehr öffnen“. Mit diesen Worten bekam Frau Irmgard Haase, Leiterin der Zentralen Schuldner-Beratungsstelle in Stuttgart, von einer hilflosen Frau einen ganzen Schuhkarton voll Anschreiben und Mahnungen von Banken, Teilzahlungsbanken und Kaufhäusern überreicht. Oft können die gemeinnützigen Schulden-Berater in zähen Verhandlungen mit den Gläubigern die Situation wenigstens so regeln, daß die Betroffenen in absehbarer Zeit wieder etwas leichter atmen können. Im Fall des Herrn B. z.B. ist es gelungen, den Kredit mit einem zinslosen Darlehen der Stadt Stuttgart abzulösen und die Rückzahlung zu stunden, bis Herr B. seine Ausbildung beendet und einen Arbeitsplatz gefunden hat.

Viele aber scheuen den Gang zu einer Beratungsstelle viel zu lange und probieren stattdessen dies und das auf eigene Faust. Nicht selten wird dabei dann ein Loch gestopft, indem an anderer Stelle, mit „Hilfe“ von Kredithaien, Teilzahlungsbanken oder durch Ratenkäufe, neue Löcher entstehen. Wer Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bezieht, der kann damit zwar leben - mehr schlecht als recht, das weiß man, - aber er kann sich ganz sicher nichts mehr leisten, ist zum Konsumverzicht gezwungen. Verlockende Angebote wie „Jetzt kaufen - später in bequemeren Raten bezahlen“ sind nur scheinbare Alternativen, denn: unterm Strich ist die Rechnung bei derartigen Notlösungen immer höher. Und deshalb stimmt er auch, der zynische Spruch: „Arme zahlen mehr!“

Noch ein Hinweis: Wer Kontakt zu einer Schuldner-Beratungsstelle sucht, der kann sich - vertraulich - an die KDV-Beauftragten seiner jeweiligen Landeskirche wenden (Adresse siehe 'Rüstzeiten', S. 30) oder, zur weiteren Vermittlung, an die Redaktion. ■

Ab sofort:
Ihr
Wunsch-Kredit
bis **47**
Monate
Laufzeit

sofort und bequem
BARGELD

Keine Wohnung



Foto: Martin Storz

Nichtseßhafte in Stuttgart

– Zivildienst unter Punkern und Punks

ZDL Martin Luippold und ZDL Johannes Dubbel aus Stuttgart berichten über ihre Arbeit.

Stuttgart zählt zu den reichsten Städten in der Bundesrepublik. Die Region Mittlerer Neckar weist die geringste Arbeitslosenquote in unserem Land auf. Und gerade hier, wo Daimler-Benz, Bosch oder SEL Tausende von Arbeitnehmern beschäftigen und wo sich zahllose Neureiche etabliert haben, findet man eine erschreckend hohe Zahl alleinstehender wohnungsloser Menschen. Der Kontrast von Arm und Reich, protzendem Wohlstand und erbärmlicher Armut ist enorm.

Von Montag bis Freitag ist es an jedem Morgen das gleiche Bild: Kurz vor acht Uhr hat sich vor der Zentralen Beratungsstelle (ZBS) in der Stuttgarter Hohe Straße eine Menschentraube gebildet. Gegerbte, vom jahrelangen Biwakieren (d. h. auf der Straße leben) gezeichnete Gesichter. Zunächst heißt es für sie, durch zwei Gittertüren hindurchgeschleust zu werden. Und wenn sie uns, in ihrem herunterkommenen Äußeren, durch das dicke Glas, das die diensttuenden Pforten-Zivis von den hereinkommenden Klienten trennt, entgegenblicken, dann schaut man häufig in trostlose, leere Gesichter. Manch einem stellt sich die Frage, woher diese Männer, die 10–15 Jahre älter aussehen als sie tatsächlich sind, überhaupt noch die Kraft zum Weiterleben hernehmen. Ob es bei vielen nicht nur noch der dem Menschen innewohnende Überlebenstrieb ist...?

Ziel aller Kommenden ist es, das größte Problem, nämlich die materielle Not, durch Sozialhilfebezüge zu lindern. Für Biwakierer gibt es in Stuttgart zur Zeit 14 Mark pro Tag, die in der ZBS bar ausbezahlt werden. Gekoppelt ist die Gewährung von Sozialhilfe mit einem Beratungsgespräch, in dem Sozialarbeiter den Klienten mit den verschiedenen Hilfsangeboten der Region bekannt machen und wenn möglich versuchen, ihn in eine dieser Einrichtungen zu vermitteln. Für die allermeisten dieser Institutionen (Arbeiterkolonien gehören genauso dazu wie Übernachtungsheime oder vollstationäre Einrichtungen) gibt es aber lange Wartelisten, und die Wartezeiten sind so lang, daß die Klienten schon wieder – vom Hilfesystem ent-

täuscht – weitergezogen sind, wenn sie endlich auf einen vorderen Platz aufgerückt wären.

Manchmal gelingt es aber doch, einen Klienten in ein Wohnheimzimmer oder sogar in ein eigenes Zimmer zu vermitteln. Dann heißt es für einen Zivi, dem Betroffenen hilfreich unter die Arme zu greifen – Hausrat, Möbel u. a. anzuschaffen, bei den erforderlichen Behördengängen mitzugehen, von der Mithilfe beim Einzug ganz zu schweigen.

Welche Schwierigkeiten hierbei auftreten können, das ist für Außenstehende schier unglaublich: Die „normalsten“ Verrichtungen des täglichen Lebens sind für Leute, die oft jahrelang auf der Straße gelebt haben, ein unüberwindliches Hindernis. Das beginnt bei dem Kontakt zu Mitbewohnern und hört bei der Einhaltung regelmäßiger Termine und der Sauberhaltung der Wohnung noch lange nicht auf. Auch bei der Organisation des Tagesablaufs sollen daher regelmäßige Kontakte seitens der ZDL eine gewisse Hilfeleistung bieten.

Die psychische Belastung für den ZDL, der einerseits mit der großen Not und der Armseligkeit der zu ihrer Beseitigung vorhandenen Mittel, andererseits aber auch mit der Unfähigkeit und dem unsozialen Verhalten von so manchem Betreuten konfrontiert wird, ist bei dieser Tätigkeit enorm. Was soll man z. B. machen, wenn bei einem Besuch der Betreute in seinen eigenen Exkrementen liegt, die darüberhinaus auch noch im ganzen Zimmer verteilt sind? Alkoholprobleme sind beim betreuten Klientel fast schon normal, ärgerlich sind nur die verbalen Ausfälligkeiten, die man oft über sich ergehen lassen muß. Diese Schwierigkeiten im sozialen Kontakt haben letztendlich auch ihren Beitrag dazu geleistet, daß der Betreffende in seine jetzige Situation geraten ist.

Ebenso wie es die verschiedensten Verkaufsformen der Nichtseßhaftenkarriere gibt, gibt es die verschiedensten Ursachen, die dazu führen, daß ein Abrutschen aus dem sozialen Netz bis zur Hilfesuche in der ZBS erfolgt.

Ausgangspunkt ist oft der Verlust der Wohnung, der entweder wegen Zahlungsunfähigkeit nach längerer Arbeitslosigkeit, wegen der Trennung bzw. Scheidung vom Lebenspartner oder nach dem Tod einer Bezugsperson, meist der Mutter, erzwungen wird. Mangel an sozialen Kontakten, sehr oft Alkoholprobleme und eine nicht mehr zu bewältigende Schuldenlast tun ein übriges, die Menschen dazu zu bringen, Hals über Kopf ihr gewohntes soziales Umfeld zu verlassen und sich auf die Wanderschaft zu begeben.

Mit welchen Schwierigkeiten diejenigen zu kämpfen haben, die „auf der Straße leben“, ist den wenigsten von uns in seiner ganzen Tragweite bewußt. Eine kurze Aufzählung der Probleme soll das Ausmaß der Tragödie, in die der gerät, der seine Wohnung verliert, nur kurz anreißen:

- Mittellosigkeit, materielle Armut
- Arbeitslosigkeit
- fehlendes Obdach, Übernachten im Freien bzw. in ungesicherter Behausung
- gesundheitliche Gefährdungen, Krankheit (mangelnde Möglichkeiten zur Körperpflege; Kälte; ungenügende Ernährung; kurzer, häufig unterbrochener Schlaf etc.)
- Entwertung bzw. Verlust erworbener Fähigkeiten und Qualifikationen
- Verlust jeglicher „Privatsphäre“ durch „Leben in der Öffentlichkeit“
- die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ist dem Nichtseßhaften verwehrt und wird ihm auch andererseits zu einer nur noch schwer zu bewältigenden Aufgabe.

In dieser Situation wird offenbar oft auch das Hilfesystem von den Klienten als bedrohlich und feindselig empfunden, worunter nicht zuletzt die ZDL des öfteren zu leiden haben, die als Vertreter des Hilfesystems – und zwar als in der Hierarchie ganz unten stehende – angesehen werden. Wenn daher irgendein Begehren des Hilfesuchenden abgeschlagen wird, müssen dies in vielen Fällen ZDL ausbaden. Nur in Kenntnis der oben aufgezählten Schwierigkeiten ist dies überhaupt zu ertragen.

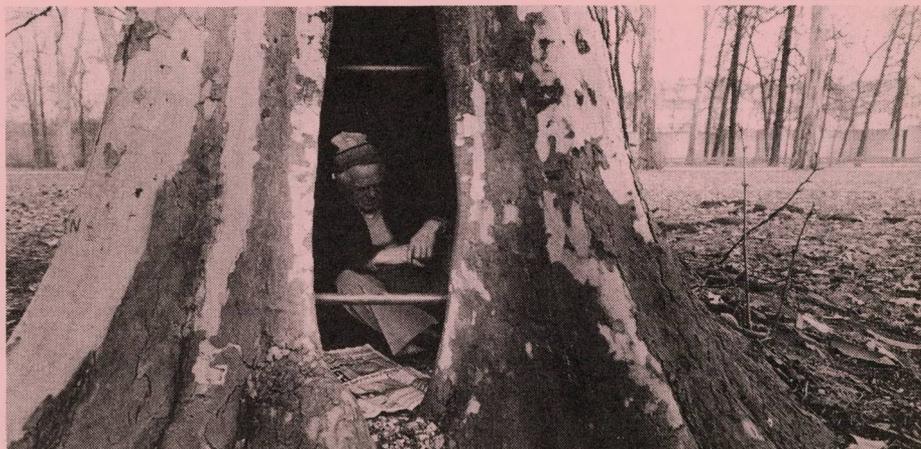
Auf der anderen Seite gibt es aber natürlich auch positive Erlebnisse, die einem Mut machen und zum Weiterarbeiten motivieren. Besuche im Krankenhaus, gemeinsame Einkäufe oder Behördengänge führen fast zwangsläufig dazu, daß ein Gespräch geführt wird. Wenn dann der ZDL ein Gespür für den richtigen Ton hat, hat der das Vertrauen des Klienten schnell gewonnen.

Wegen der katastrophalen räumlichen und personellen Zustände in der ZBS bleibt aber dennoch nur ein ernüchterndes Fazit:

Eine ausreichende Betreuung für alle Klienten ist momentan und auch für absehbare Zukunft in Stuttgart nicht möglich. Bei den langen Zeiträumen, die für jeden einzelnen Schritt auf dem mühsamen Weg zur Resozialisierung der Klienten benötigt werden, ist daher weiterhin mit der gleichen Anzahl oder sogar einer Zunahme der Nichtseßhaften in Stuttgart zu rechnen.

Dennoch freut es uns, wenn immer wieder jemand ins „normale Leben“ zurückkehrt. Auf dieses Ziel versuchen wir letztendlich alle gemeinsam hinzuwirken. ■

Foto: Manfred E. Neumann



Keine Würde



Alt, arm und vergessen

Uli Homann, Essen

„Armut im Alter – Schande für Deutschland“, mit diesem Slogan prangern die Grauen Panther seit Jahren die materielle Unterversorgung vieler alter Menschen in der reichen Bundesrepublik Deutschland an.

Betroffen sind besonders die alten Frauen, von denen 2,5 Millionen eine Rente unter DM 500, 1,6 Millionen gar unter 300 DM beziehen. Dieses schreiende soziale Unrecht betrifft heute gerade die Frauen, die soviel für den Aufbau der Bundesrepublik geleistet haben.

Viele der alten Frauen verzichten aus Scham und weil sie ihre Kinder nicht belasten wollen auf die Unterstützung vom Sozialamt und fristen mit einigen wenigen Pfennigen ein jämmerliches Dasein am Rande der Wohlstandsgesellschaft. Diese Menschen verfügen in Bonn über keine Lobby, ihre Interessen werden von keiner Standesorganisation vertreten.

Scheinbar nimmt keiner von ihrem Elend Notiz, sie bleiben arm, alt und vergessen.

Von den rund 60 Mio. Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland sind gegenwärtig etwa 12 Mio. (ca. 19%) über 60 Jahre alt. Von ihnen sind 7,6 Mio. Frauen, 4,4 Mio. Männer. Anders ausgedrückt: Von 100 Menschen über 60 Jahre sind gegenwärtig 63 Frauen.

Die Zahl der älteren Menschen wird in den nächsten Jahren weiter stark steigen, damit auch die der älteren Frauen. Als Folge der beiden Weltkriege, des Altersunterschiedes zwischen Ehepartnern sowie der längeren Lebenserwartung von Frauen steigt der Frauenanteil umso stärker an, je älter die Menschen werden. 70% der über 65jährigen Frauen leben allein – gegenüber nur etwa 24% der Männer dieser Altersgruppe.

Die ältere Frauengeneration hat ein bewegtes Leben hinter sich: Sie wurde geprägt durch gesellschaftliche Vorstellungen, die sie nahezu ausschließlich auf Ehe und Familie vorbereiteten und ihnen kaum andere Betätigungsfelder einräumte. Erwerbstätige Frauen waren mit geringer Berufsausbildung und niedrigen Löhnen belastet. Das wirkt sich noch heute in der Rente aus. Viele der älteren Frauen haben noch jene Zeiten erlebt, in denen Frauen nicht einmal das aktive Wahlrecht zugesprochen wurde. Alle haben die nationalsozialistische Zeit erlebt, in denen das Frauenbild ideologisch verzerrt wurde. Im Zweiten Weltkrieg verloren viele ihren Ehemann oder Partner. Nach den Zeiten der Not hat diese Frauengeneration den Wiederaufbau aktiv mitgestaltet und damit entscheidend dazu beigetragen, aus einem weithin zerstörten Land wieder eine angesehene Industrienation zu entwickeln, deren Bürger durch Arbeit und soziale Leistungen einen erheblichen Wohlstand erworben haben. All das verpflichtet uns dazu, die Lebenssituation alter Frauen würdig zu gestalten und überall, wo es notwendig ist, sie zu verbessern.

Wovon leben ältere Frauen?



Wie aus obenstehendem Kasten ersichtlich liegen die Renten der Frauen aus eigener Erwerbstätigkeit unter denen der Männer. Die Benachteiligung (niedrige Löhne, Frauenlohnabschläge, diskontinuierliche Beschäftigung, Erwerbstätigkeit ohne Versicherungsschutz) prägen den Lebensstandard und sozialen Status der Frauen noch im Rentenalter. Das hat erhebliche Auswirkungen: Schließlich entscheidet die finanzielle Situation der älteren Frau darüber, ob und in welchem Umfang sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und soziale Kontakte wahrnehmen kann. Eine ältere Frau ohne Familie mit schmalem Geldbeutel wird zwangsläufig isoliert leben und vereinsamen, wenn die einfachsten Ausgaben – Kinokarte oder Straßenbahnfahrt in die Stadt – zum Budget-Problem werden.

Ältere Frauen und Armut

Viele geraten an die Grenze der Armut, werden zu Außenseiterinnen unserer Gesellschaft gemacht. Wegen der weithin unzureichenden materiellen Versorgung sind viele Frauen auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Es sind die alleinstehenden älteren Frauen – nach den Alleinerziehern mit Kindern – die die größte Gruppe unter den Beziehern einer Hilfe zum Lebensunterhalt ausmachen. Ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger bezieht eine Rente aus der gesetzli-

chen Rentenversicherung. 10% aller Sozialhilfeempfänger erhalten eine Witwenrente. Gerade viele ältere Frauen mit einer sehr niedrigen Rente scheuen den Gang zum Sozialamt, obwohl ihr Einkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle liegt. Behördenängste, die Vorstellung, erwachsene Kinder nicht mit Unterhaltsforderungen des Sozialamtes zu belasten, halten viele davon ab, den ihnen zustehenden Rechtsanspruch auf Sozialhilfe auch geltend zu machen.

Ältere Frauen werden in Zukunft – dies zeichnet sich heute schon ab – in zunehmendem Maße auf Sozialhilfe angewiesen sein. Bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit sowieso.

Wohnsituation

Die finanzielle Situation der Frauen im Alter ist eng verknüpft mit ihrer Wohnsituation und diese wiederum mit den sozialen Kontakten. Das Wohngeld gehört zu den wichtigsten Transferzahlungen einkommensschwacher Haushalte, es fließt seit jeher überwiegend in Renten Haushalten zu. Dementsprechend waren sie auch besonders betroffen von den seit Anfang 1983 wirksam gewordenen Wohngeldkürzungen. Da ältere Frauen oft keine höhere Miete bezahlen können, bleiben sie in ihren alten Wohnungen, in denen aber die Wohnqualität nicht mit der Ver-

besserung des allgemeinen Wohnstandards Schritt halten kann. Für Großstädte/Balungszentren gilt daher die Faustregel: Je älter die Bewohner sind, desto älter und damit schlechter ausgestattet sind ihre Wohnungen. Wenn wirtschaftlich Bessergestellte – aktive Arbeitnehmer – das Wohnviertel verlassen, verändert sich die Bewohnerstruktur – und gerade für die dort wohnhaften älteren Mitbürger reißen viele soziale Kontakte – innerhalb der Nachbarschaft, zu Infrastruktureinrichtungen – ab. Ein besonderes Problem zeichnet sich in den Großstädten ab, wenn Altbauwohnungen in guten Wohnlagen aufgekauft, „luxusrenoviert“ und extrem teuer vermietet oder als Eigentumswohnungen verkauft werden.

Problematisch wird die Wohnsituation erst recht, wenn ältere Frauen gesundheitlich beeinträchtigt und nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Ältere Frauen zählen zu einem hohen Anteil zu den chronisch kranken und pflegebedürftigen Alten, entsprechend der längeren Lebenserwartung stellen Frauen die Mehrheit der Hochbetagten, d. h. der 80jährigen und älteren – eine Gruppe, die auf ergänzende Hilfen (ambulante Hilfe) angewiesen ist, um die Verrichtungen des täglichen Lebens bewältigen zu können. Viele der hochbetagten Frauen müssen als Alleinstehende in ein Heim übersiedeln, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. ■

Keine Chance?



Ob das Stuttgarter Arbeitslosenzentrum in seinen Räumen bleiben darf ...

Knapp eine halbe Million junger Männer und Frauen unter 25 Jahren waren Ende 1987 arbeitslos gemeldet, 130 000 Menschen unter 30 Jahren waren schon länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Solche Zahlen sagen alles und nichts. Wer selber als junger Mensch erleben muß, was es heißt, keinen Job zu kriegen, dutzendweise Bewerbungen zu schreiben, genauso viele Absagen als ständige Rückmeldung wegzustecken, jahrelang, der kann seine eigene Leidensgeschichte, seine moralischen Tiefs hochrechnen, eine halbe Million Mal. Und der weiß dann sehr gut, worum es geht, wenn vom „Problem Jugendarbeitslosigkeit“ die Rede ist. Aber insgesamt hat sich doch unsere Gesellschaft schon lange an die Meldungen gewöhnt, die der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Monat für Monat bekanntgibt. Herr Franke erzählt schließlich nichts von konkreten Menschen, er nennt nur eine abstrakte Zahl. Und mit Zahlen allein erweckt man in der Öffentlichkeit nur selten wirkliches Interesse.

... ist noch offen: Im gegenüberliegenden Nobel-Hotel Interconti will man kein Zimmer mit Blick auf „den letzten Dreck“.



Fotos: A. Emmertling

Kommentar zum Thema

Betrachtung über Armut

Von Hans-Joachim Hofmann, Stuttgart*

Mit dem Begriff „Armut“ sollte man behutsam umgehen. Denn nicht jeder, der arm an Geld oder Besitz ist, führt ein armes, von materieller Not zerschlagenes Leben. Solche Menschen sind oft ganz einfach zufrieden. Sie fühlen sich diskriminiert, würden sie zu den Armen gezählt.

Andere wiederum, die ihren Wohlstand beim besten Willen nicht verbergen können – sie können bitterarm sein, weil ihnen jedes Gespür für echte materielle Armut von Mitmenschen verkümmert ist. Und dann gibt es noch die biblische Reportage über die Begegnung eines steinreichen jungen Mannes mit Jesus, wie sie im Matthäusevangelium (Kapitel 19) nachzulesen ist. Dieser wollte das ewige Leben haben. Doch der Preis für „einen Schatz im Himmel“ war ihm zu hoch. Jesus forderte nämlich alles: „Verkaufe, was du hast, und gib's den Armen“.

Nur scheinbar haben die erwähnten Armutszugnisse nichts mit Politik zu tun. Denn sie setzt Maßstäbe für soziales Verhalten der Gesellschaft – und zur Gesellschaft gehört jeder einzelne von uns mit seinem persönlichen Verhalten. Je spürbarer das gemeinsame Streben nach Wohlstand in individuellen oder organisierten Egoismus ausartet, desto rascher wächst Armut bei Schwachen, Abhängigen, Absteigern.

Wohl heißt es: „Eigentum verpflichtet“ – wozu? Oder: „Leistung muß sich wieder lohnen“ – für wen? Ich behaupte, daß es viel Armut in unserem Land nicht gäbe, wenn mehr Menschen sozial denken (und handeln) würden. Doch das wäre dann Ethik, und an der ist nicht viel zu verdienen. Deshalb ist der Staat gezwungen, die Armut per Gesetz in den Griff zu bekommen. Doch die zur Linderung von materieller Not bereitgestellten Steuermittel reichen bei steigenden Lebenshaltungskosten nicht aus – so viele Arme gibt es unter uns. Über drei Millionen Menschen hängen am Sozialhilfe-Tropf. Eine andere Statistik sagt aus, daß diese „neue Armut“ 1986 mit 23 Milliarden Mark Sozialhilfe und 23 Milliarden Mark Arbeitslosengeld finanziert worden ist.

Gibt es dann tatsächlich keine Möglichkeit, von der miserablen Finanzierung der Armut zu einer sinnvollen Subventionierung von Arbeit zu gelangen? Das ist eine Frage an den Staat. Der Gesetzgeber wird jedoch nichts in dieser Richtung unternehmen, wenn „die Gesellschaft“ wenig Bereitschaft zeigt, die Ausgrenzung der Arbeits- und Besitzlosen aufzuheben.

Wenn ein solches Umdenken nicht aus unseren Rathäusern am Ort kommt – woher dann? Mit anderen Worten: Die Kommunen, von denen die Hauptlast der sozialen Hilfen getragen wird, müßten als erste „alternative Arbeit“ anbieten. Die Löhne wären aus den Töpfen zu subventionieren, aus denen bis jetzt noch das erzwungene Nichtstun bezahlt wird.

Aber ein solcher Gedanke ist wohl schon ein bißchen von Sozialethik angekränkt! Nach dem Gesetz leben, ist eben einfacher. Doch manche überleben halt nicht!

* Hans-Joachim Hofmann ist Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Diakonischen Werks der EKD.



Wenn Wandern ist des Zivis Lust ...

Kinderfreizeit – als Helfer müssen Zivis meist noch Urlaubstage investieren.

Foto: Manfred Kober

Carl L. fragt, wie es mit Sonderurlaub aussieht, wenn er als Jugendleiter bei einer Wanderfahrt in Norwegen mitmacht.

Wird ein ZDL vom Wandertrieb erfaßt und macht als Mitarbeiter, Leiter oder Helfer bei einem Jugendverband oder einer Jugendgruppe mit, dann erhält er unter bestimmten Bedingungen ein paar Tage Sonderurlaub unter Belassung der Geld- und Sachbezüge (Leitfaden für den ZD, Abschn. E 5).

Bleibt ruhig! – Das ist kein Tip, wie man den Erholungsurlaub aufmotzen kann. Außerdem gibt es ja im ZD nichts ohne Arbeit und Gegenleistung.

Die Arbeit: Einen Antrag stellen für Sonderurlaub unter Belassung der Geld- und Sachbezüge zur Teilnahme als „ehrenamtlicher Jugendgruppenleiter an einer Maßnahme eines Trägers der freien Jugendhilfe“. Genaue Daten angeben: Von wann bis wann, wer ist der Träger der Maßnahme, wo findet sie statt und: ZDS und PK-Nr. Den Antrag rechtzeitig! mit Genehmigungsvermerk der Dienststelle an die zuständige Verwaltungsstelle für ZD schicken. Die wälzt dann ihre Vorschriften oder wirft den Computer an. Und was kommt dabei heraus? Ein äußerst bescheidenes Ergebnis:

– höchstens 3 Werktage Sonderurlaub je Maßnahme

– wenn besonders begründet – z.B. daß ohne die Mitarbeit des ZDL die Jugendfreizeit ausfällt – oder wenn es sich um zwei verschiedene Jugendmaßnahmen handelt, dann kann es auch bis zu 6 Werktagen Sonderurlaub geben. Und das pro Urlaubsjahr!

– die Maßnahme muß von Jugendbehörden oder Trägern der freien Jugendhilfe veranstaltet werden

– den Sonderurlaub gibt es nur für Lehrgänge zur Ausbildung als Jugendleiter und für die Tätigkeit als ehrenamtlicher Jugendgruppenleiter.

Und nun kommt – unverhofft, wie oft – das dicke Ende.

Die Gegenleistung des ZDL:

– die Werktage, die eine Jugendmaßnahme über den Sonderurlaub hinaus dauert, muß der ZDL als Erholungsurlaub nehmen oder Überstunden abfeiern

– er muß eine Bescheinigung besorgen, daß die Maßnahme von einer Jugendbehörde oder einem Träger der freien Jugendhilfe veranstaltet wird.

Man sieht: Nicht nur Wandern ist schweißtreibend, nein, auch vor den Sonderurlaub

haben die BAZ-Götter den Schweiß gesetzt.

Daß Jugendarbeit – wie das Wort eigentlich schon ausdrückt – etwas mit Arbeit zu tun hat, das hat sich beim Bund offensichtlich noch nicht herumgesprochen. Sonst wäre man hier nicht so kleinlich!

Doch laßt's Euch nicht verdrießen:

Tips:

1. Genau nachlesen im Leitfaden unter Abschnitt E 5.

2. Die Stadt- oder Kreisjugendpflege stellt die notwendige Bescheinigung über die Förderungswürdigkeit der Maßnahme aus, falls die Jugendgruppe das nicht kann.

3. Mit der Verwaltungsstelle für ZD sprechen. Hier gibt es, wenn auch geringe, Spielräume.

4. Bei Bundeswehr-Bekanntem umhören. Die Truppe verfährt bei Jugendleiterurlaub recht großzügig. Gleichbehandlung in dieser Sache verlangen.

5. Antrag rechtzeitig, d.h. wenigstens 5 Wochen vor Beginn der Jugendfreizeit stellen. Sollte sie wider Erwarten ausfallen, kann der Antrag auf Sonderurlaub zurückgezogen werden.

Reinhard Becker, Darmstadt

Aufgelesen

Bei uns kommen die nettesten Mädchen zum Zuge. Verantwortungsgefühl, Zuverlässigkeit und Kameradschaft - vielleicht sind das die Gründe, die unsere Jungs so beliebt machen. Denn diese Eigenschaften sind in jeder Beziehung wichtig für eine gute Beziehung.

Sich auf Freunde verlassen können, frei über Probleme reden und gemeinsam zu einer Lösung und gemeinsam die Welt kommen, das ist auch die Welt der Bundeswehr. Wenn Sie diese Vorzüge haben, haben Sie auch gute Chancen.

Also mal ganz unverbindlich den Coupon ausfüllen und bei Regatkapitän Prochnow im Streitkräfteamt Informationen anfordern. Alle Einsender erhalten ein tolles Poster und nehmen an der Verlosung einer USA-Reise teil.

GRATIS-INFO

Ich interessiere mich für: Heer Marine Luftwaffe Bundesgrenzpolizei Zivile Bundeswehrverwaltung

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort: _____
 Geb. Datum: _____ Beruf: _____
 Ich bin zur Zeit: Schüler/Student Auszubildender Berufstätiger

Angestellter oder erreichter Abschluss: _____

Besondere Wünsche (max. 1000 Zeichen):
 Besondere an Streifenkapitän, Postfach 100 3200 Bonn

Die Bundeswehr

EINE STARKE TRUPPE.

Bundeswehrwerbung in „rtv“

wub 3/88, Thema: Frauen zum Bund?

Meiner Ansicht nach muß bei der Diskussion zum Thema „Wehrpflicht für Frauen“ sozusagen „in der Gegenrichtung“ argumentiert werden, um scheinbare Widersprüche (wie z. B. Forderung nach Gleichberechtigung bei gleichzeitiger Ablehnung einer Wehrpflicht für Frauen) aufzulösen.

Ich lehne die Wehrpflicht für Frauen ab. Dies folgt jedoch nur aus der Tatsache, daß ich generell gegen jede Wehrpflicht (inkl. Zivildienst) bin. Man sollte die Wehrpflicht für Männer abschaffen, anstatt eine neue für Frauen zu begründen!

Ich wehre mich jedoch gegen jede Argumentation zu diesem Thema, die in irgendeiner Form zwischen Mann und Frau bezüglich der „Zumutbarkeit“ eines zwangsweisen Kriegsdienstes differenziert. Wie kann man mir unterstellen, nur weil ich ein Mann bin, sei ich eher zu Gewalt und Waffengebrauch „vorgesehen“, geeignet oder gar bereit als eine Frau?!

Genau diese Auffassung ist jedoch Hintergrund dafür, daß eben die allgemeine Wehrpflicht für Männer, nicht jedoch für Frauen eingeführt wurde, oder für Bestimmungen wie Art. 12 a IV GG: „(Frauen) dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“

Schlimm genug, daß überhaupt ein Mensch Dienst mit der Waffe leisten muß - warum aber müssen es Männer, Frauen jedoch nicht? Oder andersherum: Warum darf eine Frau keinen Dienst mit der Waffe leisten, wenn sie's vielleicht will? Hier verstößt m. E. schon das Grundgesetz selbst gegen das Gleichberechtigungsgebot.

Bedenklich finde ich es, wenn eine Frau selbst Auffassungen vertritt wie Birgit Herhle: Sie bezeichnet zwangsweisen Kriegsdienst als „Entfremdung der Frau“ und „Verleugnung (ihrer) weiblichen Eigenschaften“. Ich möchte energisch bestreiten, daß Pazifismus und Ablehnung von Gewalt Privilegien der Frau sind! Insoweit unterstütze ich sogar die Auffassung Wolfgang Zeidlers, der „einen Unterschied zwischen den Geschlechtern (...) weder moralisch noch logisch“ anerkennt, wenn es um den Zwang zum Kriegsdienst geht.

Frauen und Männer, die jeden Kriegsdienst ablehnen, sollten sich nicht durch die Diskussion um eine Wehrpflicht für Frauen gegeneinander ausspielen lassen. Was nicht aus dem Blickfeld geraten darf, hat Helga Tröskén sehr treffend formuliert: „Alle Argumente der KDV (...) gelten für Männer und Frauen in gleicher Weise.“

Eckart Heske, Elmshorn

ELISABETH MOTSCHMANN

Ich möchte Ihnen helfen



Verständnis und Aufklärung von Mutter Ohrfeigen

Ich kann Problemen zu niemandem kommen kannst. Die lieblose Reaktion Deiner Mutter über Deine erste Regel kann überhaupt nicht verstehen. Das Einsetzen der Menstruation ist ein wichtiges Ereignis im Leben eines jungen Menschen, denn es ist ein Signal für die Reife. Du solltest es mit niemandem teilen, darüber zu reden.

Soll ich den Wehrdienst verweigern, um bei meiner Freundin bleiben zu können?

„Bald muß ich zur Bundeswehr. Eigentlich wollte ich mich nicht davor drücken. Doch je näher der Termin rückt, desto mehr fürchte ich mich vor der Trennung von meiner Freundin und von zu Hause. Ich habe Angst, die Freundin zu verlieren und überlege, ob ich nicht versuchen sollte, ein Verweigerungsverfahren anzustreben. Was raten Sie mir?“, schreibt ein 18jähriger Gymnasiast.

● Sicher ist es sinnvoll und gut, daß unser Grundgesetz die Möglichkeit der Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen einräumt. Ihnen würde ich aber nicht raten, dieses Ausnah-

merecht in Anspruch zu nehmen. Eine Trennung müssen Sie verkraften lernen. Wenn Ihre Freundin Sie in dieser Zeit verlassen sollte, so ist ihre Liebe wohl noch nicht reif und tief genug. Darum kann man diese Trennung auch als Prüfung für beide ansehen. Wirkliche Liebe wird mit einer solchen Herausforderung fertig und wird sich sogar noch festigen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie in der Achtung Ihrer Freundin steigen, wenn Sie aus Angst und Eifersucht den Wehrdienst verweigern. Darum wünsche ich Ihnen, daß Sie positiver auf diesen Dienst für die Allgemeinheit zugehen.

Gefunden in der „FunkUhr“.

African consciencious objectors. They also reported about your situation in special. We all admire your courage to come to this decision. This decision is a tie between you and us. We are sure that many people will follow your example and that this will help to change the situation.
Best wishes!

Anmerkung der Redaktion: Wir werden uns in einem der nächsten Hefte ausführlich mit der Situation in Südafrika beschäftigen.

Wirtschaftlicher Abstieg zum Sozialhilfeempfänger für Zivildienstleistende mit Familie muß in Kauf genommen werden

Nach vielen und langen Bemühungen um eine Arbeitsstelle nach dem Zivildienst bekam ich von einer Schreinerei in Baden-Württemberg eine Zusage. Einzige Bedingung: die Stelle steht ausschließlich zum 1.10.1988 aus, ein Monat vor dem offiziellen Ende meines Zivildienstes.

Da ich in meiner jetzigen Region nach langem Suchen keine Arbeit fand und in Anbetracht der Tatsache, daß meine Frau arbeitslos und zudem im 6. Monat schwanger ist, wäre diese Anstellung für uns absolut notwendig gewesen. Hinzukommt, daß ich selbst nach dem Zivildienst kaum Arbeitslosengeld bekommen werde und meine Frau keinen Anspruch darauf hat, so daß wir Sozialhilfe beantragen müssen.

Meinen Antrag auf Sonderurlaub schickte die Dienststelle ohne Einwände an die Verwaltungsstelle weiter. Nach gut siebenwöchiger Wartezeit bekam ich dann vom Bundesamt für Zivildienst ein Schreiben, welches besagt, daß in meinem Fall nach geltendem Recht nur eine „allgemeine Härte“ vorliegt und ich somit die für Arbeitsantritt nötigen 31 Tage Sonderurlaub (davon nur 6 Arbeitstage) unter Wegfall der Geld- und Sachbezüge nicht gewährt bekomme. Verwiesen wurde ich in dem Schreiben noch darauf, daß „eine eventuelle finanzielle Unterstützung durch das zuständige Arbeitsamt bzw. Sozialamt erfolgt.“

Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Abstieg ans Existenzminimum für mich und meine Familie sind nach Meinung vom Bundesamt für Zivildienst durchaus zumutbar. Jegliche Eigeninitiative und jedes Bemühen wird hier wohl gänzlich untergraben. Ein Abgleiten in die Sozialhilfebedürftigkeit einer ganzen Familie stellt meines Erachtens sehr wohl eine „außergewöhnliche Härte“ dar. Die geltenden Gesetze und Regeln erscheinen mir mehr als zweifelhaft und verletzen nach meiner Auffassung die soziale Würde der Betroffenen um ein zu beträchtliches Maß.

Klaus Eckerlein, Günsbach

Anmerkung der Redaktion: In buchstäblich letzter Minute konnte der obige „Fall“ noch gelöst werden – nach Einschaltung des kirchlichen KDV-Beauftragten.

wub Nr. 3/88 Blickpunkt: „Wo sich Diakonie und Industrie die Hand reichen“ Die Diakonie – Schein und Wirklichkeit

Mein „Mit-Zivi“ Stefan soll gesagt haben: „Wir müssen eben sehen, daß Kohle rein kommt. Auch Behinderte müssen einen Lohn kriegen“.

Von Stefan weiß ich, daß ihr seine Meinung unzureichend wiedergegeben habt. Die vermeintliche Aussage von Stefan spiegelt meiner Meinung nach nur das Verhalten der Diakonie (WfBs) wider, die die ihnen anvertrauten Behinderten zumindest beschäftigen und entlohnen muß; weil von der Industrie zu wenig Aufträge angeboten werden, nimmt die Diakonie, um die genannten Mindestanforderungen erfüllen zu können, nahezu jeden Auftrag an. Infolge dieses Verhaltens der Diakonie (WfBs) kann die „tätige Nächstenliebe, die das Leben des Jesus von Nazareth als Vorbild hat“ (Zitat aus einer Info-Broschüre des DWs), auch so aussehen, daß BW-Erkennungsmarken, Schleifhülsen für die Waffenproduktion und Porno-Kalender in Arbeit genommen werden.

Die Diakonie (WfBs) sollte stärker nach ihrer christlichen Grundüberzeugung handeln; dabei weiter denken als der Werkstattleiter Tischhoff, der die Pistole an sich nur als einen toten Gegenstand ansieht (nachzulesen im genannten Artikel unter: „Die Pistole an sich“), und daraufhin Aufträge ablehnen, deren Ausführung aus ethischen und moralischen Gründen nicht sinnvoll ist – auch wenn es sich dabei um besonders lukrative Aufträge handeln sollte.

Jens Kastrup, Rendsburg

Ihre Hochachtung vor der Entscheidung des weißen Soweto-Arztens Dr. Ivan Toms, der als KDV'er in Südafrika im Gefängnis sitzt, bekunden die Teilnehmer einer Rüstzeit in Württemberg vom September 1988. Der Brief an Ivan Toms, von allen Rüstzeitteilnehmern unterzeichnet, hat folgenden Wortlaut:

Mr. Ivan Toms
c/o Pat Orpen
28 Bell Street
Kenilwoth 7700 – Südafrika

Dear Ivan,
we are a group of 18 consciencious objectors at the age of 20 to 27 years. In West Germany you have the possibility to do a non-military job instead of going to the army. Some of us for example work in hospitals or old people's homes, others drive ambulance cars. This service lasts 20 months whereas the military service lasts 15 months (plus few military exercises). This year there are over 60 000 consciencious objectors in Germany.

Our group came together to hear about the problems of South Africa. We invited two South Africans (one Black and one White) who described and explained to us the system of Apartheid and the situation of South

Gedichte von wub-Lesern

Leben und Tod

Über Leben und Tod
läßt sich streiten
wenn ein
Überleben
nur unter Sterbensqualen
möglich ist

Sauerstoff
ist ein
saurer Stoff
wenn ein Mensch
nur durchs
Sauerstoffgerät
zu
Sauerstoff gerät

Statt Erste- brauchen wir
Letztehilfe-Kurse
oder es wird weiter
altenheimlich gestorben
weil keiner von den
Alten heimlich aufersteht
um uns zu lehren
glücklich zu sterben
und sterben zu lassen

Malte Leyhausen (ZDL)
4040 Neuss 1

Yad Vashem – „Dauerndes Gedächtnis“

Wulf Goebel, Offenbach

An vielen Orten wird in diesem November an jene schrecklichen Verbrechen erinnert, die sich in den Tagen und Nächten um den 9.11.1938 ereignet haben: Von langer Hand vorbereitet und von Nazi-Trupps organisiert, wurden in Deutschland und Österreich Hunderte jüdischer Gotteshäuser angezündet oder völlig verwüstet, 7 500 jüdische Geschäfte geplündert und zerstört und mehr als 25 000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt. Gerade so, als ob es nur Glasscherben gegeben hätte, hat die Propaganda dafür den Begriff „Reichskristallnacht“ erfunden. 50 Jahre danach, 1988, hat wub-Autor Wulf Goebel in Jerusalem die Gedenkstätte „Yad Vashem“ besucht und mit zwei Menschen aus Berlin gesprochen, die damals unter Einsatz ihres Lebens verfolgten Juden geholfen haben.

Es sei das Licht aus der Wüste, sagen die Leute; diese fahle Helle, die beständig über dem Land liegt.

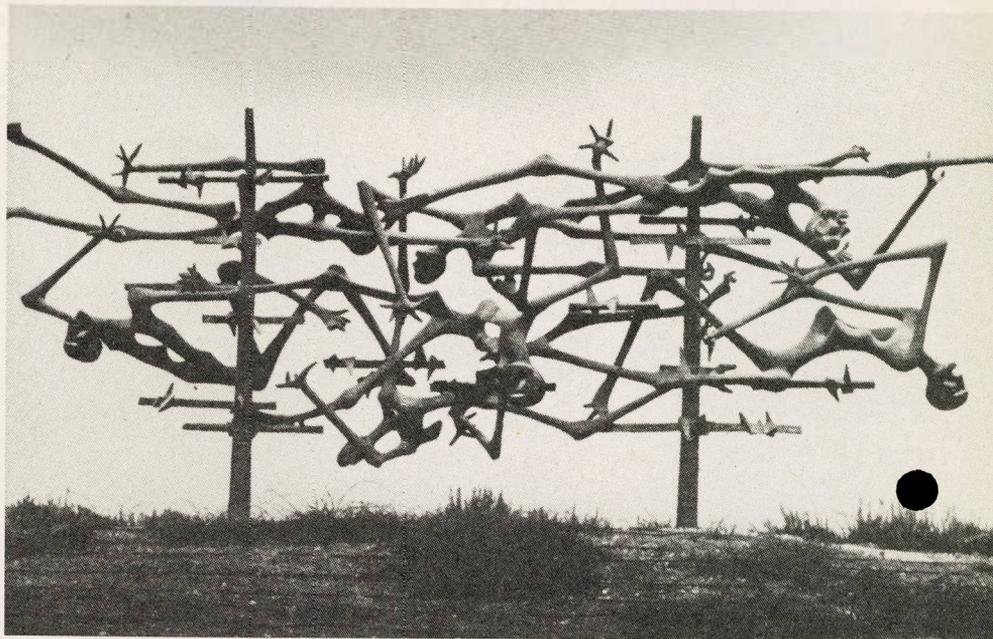
Yad Vashem heißt die Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg von Jerusalem, „ein Ort und ein Name“ für die 6 Millionen jüdischer Menschen, die der barbarischen Vernichtungsmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen sind: wie sich das Unsagbare vielleicht sagen läßt.

Doch das ist klar – und manchem späten Besucher von Yad Vashem wird es womöglich erst hier klar: jene Vernichtungsmaschinerie war eben nicht „barbarisch“; sie hatte nicht die bizarre Exotik des Fremdländischen, vielmehr waren es aufgeklärte europäische Menschen des 20. Jahrhunderts, Nachbarn sozusagen, die diesen Apparat in Bewegung setzten, indem sie ihn dachten und die Macht hatten, nach der Ermächtigung, ihn konsequent zu Ende zu denken mit ihren kranken arischen Hirnen.

Und auch dies muß klar sein: daß ein Großteil der 6 Millionen Toten nicht „zum Opfer gefallen“ ist; dieser Begriff läßt an Passivität und Ahnungslosigkeit denken, hat etwas von dem Herbstlaub, das einfach nur so aus den Bäumen fällt, weil es die Zeit ist.

So wird Yad Vashem für den nachgeborenen Besucher nicht nur ein Ort, an dem der Opfer gedacht wird, sondern auch zugleich Denkmal für Lebenswille und millionenfachen Widerstand.

„Ihnen will ich“, wie es beim Propheten Jesaja im Alten Testament heißt, „in meinem Haus und in meinen Mauern einen Ort und einen Namen geben..., der nicht getilgt werden soll.“



Das Denkmal für die Opfer der Vernichtungslager

Yad Vashem, der Ort und der Name, liegt in der Nähe des Grabes von Theodor Herzl, dem Begründer des politischen Zionismus, der Erez Israel geträumt hat wie Martin Luther King seinen amerikanischen Traum. Von hier aus sind sie hingegangen in alle Welt, nach hierher sind sie zurückgekommen, als Name, als eintätowierte Nummer, als Erinnerung und Asche, als Ton im Kaddish, wenn der Chasan, der Vorsänger, das Totengebet singt.

„Helfen war Pflicht!“

Frau Münzer dreht sich um. „Wissen Sie, was die Juden zum Pesach-Fest beten? Die beten: Nächstes Jahr in Jerusalem / nächstes Jahr als freier Mensch; das beten die Juden. Ich habe oft mit meinem Mann darüber gesprochen. Auch und gerade in der schlimmen Zeit.“

Clara Münzer, resolute Bäckersfrau aus der Breslauer Gegend, schon vor dem Krieg nach Berlin gekommen, ist eine der etwa 100 Deutschen, die von der Stiftung Yad Vashem den Ehrentitel „Gerechte der Völker“ verliehen bekam.

Sie hat, soweit das in ihrer Macht stand, Berliner Juden zum Leben geholfen. Dazu soll kurz erinnert werden: Nach der „Wannsee-Konferenz“ im Januar '42, war die „Endlösung“ erklärtes politisches Ziel der Nazis, die völlige Vernichtung der Judenheit Europas. Eine ganze Reihe jüdischer Berliner jedoch widersetzte sich den Deportationsaufrufen; etwa 5 000 gingen in den

Untergrund der damaligen Reichshauptstadt; ohne fremde Hilfe wären sie verloren gewesen. Immerhin haben ungefähr 1 200 von ihnen das Ende des Krieges im Berliner Untergrund überlebt; 1 200 von ungefähr 170 000 Juden, die vor dem Krieg in Berlin gelebt haben. Frau Münzer teilte ihr Brot mit den Hungernden, gab von ihrer Kleidung ab, beherbergte die, die keinen Ort mehr hatten. Damit war ihr Leben genauso bedroht wie das der von ihr Unterstützten. Nach dem Krieg haben Dr. Hans Münzer, der bei ihr versteckt gelebt hat, und sie geheiratet.



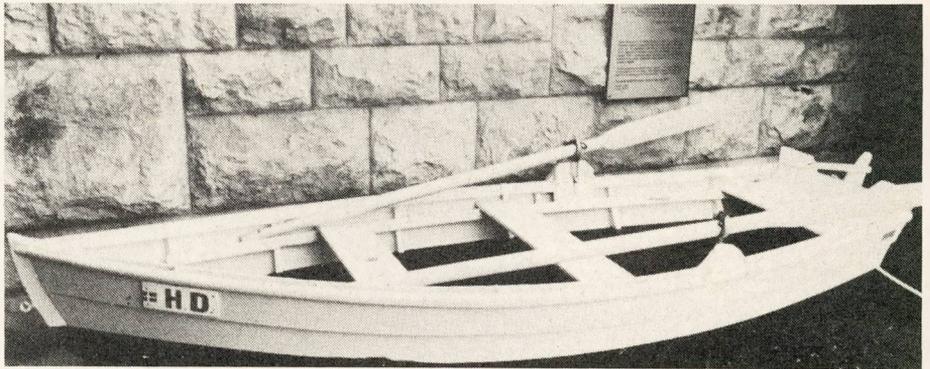
Clara Münzer

„Ja, manchmal kam auch mein Mann in den Laden, um sich was zu essen zu holen. Und da fragte ich ihn, wo er schlafen würde, und da sagte er, manchmal schlafe ich unter den Brücken, manchmal in einem Treppenhaus, ich schlafe wie ein Hase, kommt einer von unten, muß ich hoch, kommt einer von oben, weiche ich nach unten aus, manchmal fahre ich die Nacht durch mit der Ringbahn und hoffe, daß mich keiner erkennt, daß keine Kontrolle kommt. Solche Füße hatte er, ganz dicke und geschwollene Beine, weil er tagelang die Schuhe nicht ausgezogen hatte. Die Inge Deutschkron kam auch in meinen Laden; auch sie hatte Hunger.“

Auf dem Weg zum Museum und zur Gedenkhalle die „Allee der Gerechten unter den Völkern“. Die vielen Johannisbrot- und Ölbaume rechts und links des Weges. Und jeder für einen Nichtjuden gepflanzt, der einem Juden geholfen hat. Weiter vorne an einer halbhohen Mauer das Boot; ein dänisches Ruderboot, mit dem allein über 600 dänische Juden in die schwedische Sicherheit gerudert wurden.

„Heldisch?“ Frau Münzer denkt einen Augenblick nach. „Nein, ich glaube nicht, daß das heldisch war, was ich gemacht habe, was andere auch gemacht haben. Wir haben nur, jeder so wie er konnte, unsere Pflicht getan. Ich war das von zu Hause aus so gewöhnt, helfen war Pflicht.“ Und vielleicht denkt Frau Münzer an Oskar Huth, der viele seiner Abende bei seinem Brüderchen im Geiste, bei Hartmut im „Zwiebelfisch“ am Berliner Savignyplatz verbringt. Noch heute geht Oskar Huth zwischen diesem und jenem Glase die Strecken ab, die er bei den schweren Luftangriffen gegangen ist, den Koffer voller Lebensmittel, die er auf gefälschte und selbstgedruck-

te Lebensmittelkarten bekommen hatte. „Das Geheul der fallenden Bomben, berstende Häuser, Rauch und Dreck und sengende Hitze, dazwischen Menschen, herausgerissene Teile von Menschen, und du mit deinem Koffer dazwischen, das ist nicht die Zeit, darüber nachzudenken, ob das Heldentum ist, was du da machst. Für mich war eines klar, daß es irgendwann soweit sein wird: Dann wird ein Haus auf mich fallen, wird die Gestapo mich packen; das war für mich klar. Apropos – prost, darauf hätte ich dann doch gern noch einen Klaren getrunken.“



Das Boot, mit dem über 600 Juden vom dänischen Küstenort Gilleleje aus in Sicherheit gerudert wurden.

Namen und Orte

Die Gedenkhalle dann, ein rechteckiger, düsterer Bau, dessen Mauern aus groben Feldsteinen gefügt sind, Sichtbeton die Decke, wie eine Jurte, ein Nomadenzelt. Im Boden eingelassen die Namen von 22 Lagern: Bergen-Belsen, Buchenwald, Treblinka, Auschwitz, Sobibor, Majdanek, Mauthausen, Dachau ... neben der Ewigen Flamme eine kleine Gruft, in der Asche aus den Todeslagern liegt. Hier wird Kaddish gesungen. Und bei dem Totenlied wird klar, daß das Unverstehbare unverstehbar bleiben muß, daß das Unsägliche unsagbar bleibt, daß man 1000 ausgelöschte Juden schon nicht verstehen kann, daß 100 vernichtete Leben schon zu viel sind, zehn, eins. Denn wie es in der Schrift heißt, was ihr getan habt, einem, dem Geringsten, das habt ihr mir getan.

Und Frau Münzer erinnert sich an die Familie Moser, wo Vater, Mutter und Sohn illegal gelebt haben im Haus. „Da sind morgens die Abholer gekommen, und da sind sie auf den Boden geflüchtet hinter das alte Gerümpel. Aber die alte Mutter, die lag im Bett, die mußten sie zurücklassen in der Wohnung, die haben die Häsher dann mitgenommen. Und nach Stunden kam eine Nachbarin hoch auf den Dachboden und hat gesagt, ihr könnt jetzt runterkommen, die sind jetzt weg. Da soll mir keiner kommen und sagen, es hätte keiner gewußt. Alle ham sie's gewußt, aber keiner hat was gemacht, das ist der Unterschied.“

Hinter der Gedenkhalle, an dem Denkmal für Korczak und die Kinder des Ghettos vorbei zum „Children's Memorial“. Das „Children's Memorial“ führt ins Dunkel, wie die Kinder ins Dunkel geführt wurden, ein geschwungener Gang, und der Besucher steht orientierungslos im Finstern. 2 Informationen hat er mitgenommen: großformatige Kinderfotos aus der Zeit, diese großen Augen, diese ernstesten Hungergesichter. Und eine Zahl hat er mit auf den Weg bekommen: einkommalfünf Millionen. Das ist die Zahl der Kinder, die im Holocaust geblieben sind. Einkom-

ma fünf Millionen Kinder. Und in der Dunkelheit dieser Gedächtnisstätte brennen 4 Kerzen in einer gläsernen Installation, und das Licht dieser vier Kerzen bricht sich an der verspiegelten Decke, und wahrscheinlich bricht es sich einkommalfünfmillionenfach, und man meint, in einem Kosmos zu stehen, und aus der Nacht zu kommen, ohne Dramaturgie, ohne Effekt, tonlos und sachlich, erwachsene Lautsprecherstimmen, die sagen nur Namen und Orte, und die Namen sind die Namen der Toten, und die Namen der Orte sind die Orte ihres Sterbens: „Rachel Silberflug/Auschwitz...“

Das sagt man denn wohl so: der Ort mache betroffen. Auch wenn man weiß, daß hier Sprache weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben muß: Samuel Rosenkranz, Treblinka...

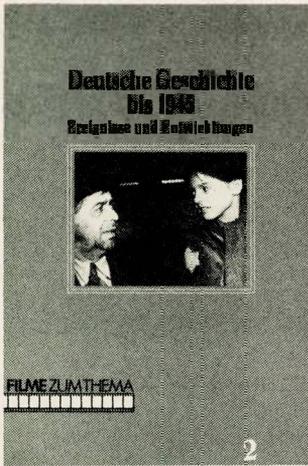
Doch es gibt hier auch andere Betroffenheit. So macht es betroffen, wenn ein Generalsekretär der Vereinten Nationen sich bei einem offiziellen Besuch weigerte, beim Betreten der Gedächtnishalle, der Landessitte folgend, seinen Kopf zu bedecken; die Rede ist von Kurt Waldheim. Es macht auch betroffen, wenn ein deutscher Bundeskanzler hier von der „Gnade der späten Geburt“ redet, ja hier! und sich bestimmte Bildtafeln und dokumentarische Berichte der Gedenkstätte nicht näher erläutern lassen wollte mit der Bemerkung: „Ich kenne die deutsche Geschichte, ich habe meine Lektion gelernt.“ Die Rede ist von Helmut Kohl.

Ein Name und ein Ort. Es sei das Licht aus der Wüste, sagen die Leute. ■



Oskar Huth

Foto: Jürgen Volz



Deutsche Geschichte bis 1945

In dem zweiten Band „Filme zum Thema“ des Gemeinschaftswerkes der Evang. Publizistik werden 24 Filme zum Thema Monarchie und Republik, Faschismus und Verführung, Judenvernichtung und KZ, Widerstand und Emigration vorgestellt. Wieder sind es Filme, die von der Jury der Evang. Filmarbeit mit dem Prädikat „Film des Monats“ ausgezeichnet worden sind.

Herausgeber: GEP, Postfach 17 03 61, 6000 Frankfurt 17

Friedenssache Franken – Larzac

Das Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. (FBF) unterhält seit dem Sommer dieses Jahres eine Partnerschaft mit dem Bildungs- und Begegnungszentrum für eine andere Verteidigung, Le Cun du Larzac. Beide Einrichtungen verstehen diese verstärkte Zusammenarbeit als ein friedenspolitisches Zeichen gegen die sogenannte „Militärachse Bonn – Paris“. Das FBF und der „CUN“ (Keil auf okzitanisch) wollen nach dem ersten gemeinsamen Seminar im August '88 eine ganze Palette von Angeboten versuchen. So soll nächstes Jahr ein deutsch-französisches Familienseminar zum Thema: „Erziehung zum Frieden in Deutschland und Frankreich – ein Vergleich“ organisiert werden. Weitere Seminare, vor allem für Jugendliche, werden zu den Themen „Ökologie und Gewaltfreiheit“ (9.8. – 20.8.89) und zur „Gewaltfreien Aktion“ im August 1989 stattfinden. Geplant ist noch ein Treffen deutscher und französischer Aktiver in der gewaltfreien Bewegung und eine Werkwoche deutscher und französischer Zivildienstleistender. Kontaktadresse: Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V., Kaulbachstr. 22 8500 Nürnberg
Tel. 0911 / 36 26 33

Kristallnacht

Zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938 hat die Evangelische Kirche in Deutschland gemeinsam mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ein „Wort zum 9. November 1988“ veröffentlicht. Wir zitieren daraus in Auszügen:

Wenn wir heute an diese Vorgänge vom November 1938 erinnern, tun wir es nicht, um anklagend vor die Generation der damals Beteiligten zu treten. Wir tun es vielmehr in dem Bewußtsein, daß die Schuld jener Zeit ihre bindende Macht behält, wenn wir sie verschweigen oder verdrängen (...)

Indem wir dieser bitteren Erkenntnis standhalten, werden wir uns bewußt, daß Theologie und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden beteiligt war. Die Kirche sah nicht die tiefe innere Verbindung von Judentum und Christentum. Sie betrachtete die Synagoge, als sei sie von Gott verstoßen, statt in ihr das von Gott zuerst geliebte und erwählte Volk zu erblicken. Die Juden erlebten das Kreuz weithin nur als Verfolgungszeichen. (...)

Darum darf unser Denken, Reden und Handeln nie wieder dazu beitragen, Feindschaft gegen die Juden zu fördern. Wir müssen uns bemühen, aus unserer Alltagssprache alle Redewendungen zu verbannen, die Juden verletzen. Das gleiche gilt für die Sprache der kirchlichen Verkündigung. Vor allem aber haben wir die Pflicht, wahrheitsgetreue Kenntnisse über das Judentum, die jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie den jüdischen Staat – besonders in der jungen Generation – zu verbreiten und zu vertiefen. (...)

Wir ermutigen alle, in ihrem Bemühen um Verständigung zwischen Christen und Juden nicht nachzulassen. Wir bitten die Gemeinden, diese wichtige Arbeit tatkräftig zu unterstützen und nach Wegen der Begegnung zwischen Christen und Juden zu suchen. (...)

Berichtigung:

Zivildienst

In wub 3/88 sind wir mit einer Info auf Seite 27 leider einer falschen Pressemeldung aufgegessen. Sorry! Hiermit berichtigen wir: Wer anstelle des Zivildienstes einen Versöhnungsdienst im Ausland leistet (nach § 14 b ZDG), der muß – entgegen unserer Angaben in 3/88 – auch künftig 2 Monate länger dienen, ab Juni '89 also 26 Monate. Zwei Monate können im Inland zur Vor- und Nachbereitung des Dienstes genutzt werden, so daß im Ausland „nur“ maximal 24 Monate abzuleisten wären.



KDV-International Südafrika

Südafrikas Apartheid-Regime hat im August die weiße „Beendet die Wehrpflicht Kampagne“ (End-Conscription Campaign, ECC) „gebannt“, also faktisch verboten. Der „Minister für Recht und Ordnung“ (!), Adriaan Vlok, erklärte, die ECC habe Wehrpflichtige „zur Verweigerung des Dienstes angestiftet“ und jungen Leuten geholfen, sich nach Großbritannien abzusetzen. Vlok verwies auch auf die 143 Männer, die Anfang August öffentlich ihre KDV erklärten. Ohne ECC, so Vlok, „wäre das wahrscheinlich nicht passiert“. Wie inzwischen ein Johannesburger Gericht zutage förderte, haben südafrikanische Militärs noch vor dem Bann gegen die ECC versucht, mittels Plakaten die Anti-Wehrpflicht-Kampagne in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Soldaten wurden zum Plakate kleben abkommandiert, auf denen Sprüche zu lesen

waren wie „Wehrdienstverweigerer sind homosexuell und feige“.

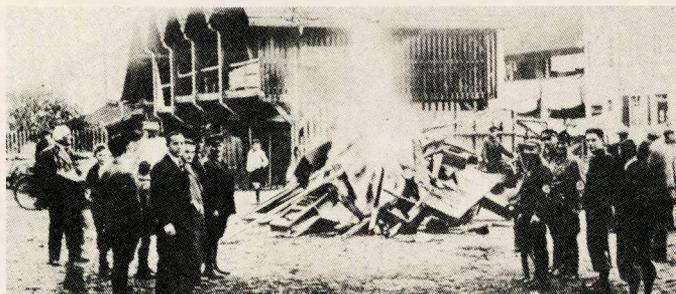
Ungarn

In Ungarn soll es ab 1989 endlich auch einen zivilen Ersatzdienst geben. Die grundsätzlichen Prinzipien dieses Dienstes wurden bereits von der Regierung ausgearbeitet. Demnach ist der Einsatz im Gesundheitswesen, im sozialen und kommunalen Bereich sowie die Mitarbeit an Wirtschaftsjahren von hoher Priorität geplant. Der Dienst soll, wie der Wehrdienst, 18 Monate dauern und „weder Strafe noch attraktiver sein als der Wehrdienst“. Über das Anerkennungsverfahren und die akzeptierten KDV-Begründungen wurde bisher nichts bekannt.

Spanien

Mangels einer Regelung über den Ersatzdienst wurden KDV in Spanien bisher zu keinem Dienst herangezogen. Das im Januar verabschiedete Gesetz zur KDV verschlechtert nun die Situation der Verweigerer erheblich. Statt, wie bisher, eine formlose Erklärung abzugeben, müssen nun die KDV gegenüber dem neu eingerichteten „Nationalrat für Gewissensverweigerung“ (CNOC) die Entscheidung eingehend begründen. Politische Gründe werden nicht anerkannt. Der CNOC hat das Recht, Nachforschungen darüber anzustellen, ob das Privatleben des Verweigerers mit seinen Angaben übereinstimmt. Der Zivildienst dauert 18 Monate, sechs Monate länger als der Wehrdienst und kann (durch Disziplinarstrafe) bis auf 24 Monate verlängert werden.

Die spanische KDV-Organisation MOC sieht in dem neuen Gesetz einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der KDV und in der 6 Monate längeren Dienstzeit eine Bestrafung der Verweigerer. Deshalb fordert der MOC nun die Verweigerer auf, keine persönlichen Begründungen abzugeben und damit den CNOC zu ignorieren. Anerkannte Verweigerer sollen den Zivildienst nicht antreten, abgelehnte sollen bei Antritt des Militärdienstes erneut verweigern, was allerdings nach neuem Recht als Desertion gewertet wird. Aus Solidarität fordert der MOC die anerkannten Verweigerer aus den Jahren vor 1987 auf, ihre Anerkennung zu widerrufen und –



10. November 1938 in Tiengen: Das Synagogeninventar wird öffentlich verbrannt.

nach Einberufung zum Militär – wiederum zu verweigern. Dadurch würde sich die Zahl der „Deserteure“ erheblich erhöhen und eine Verfolgung durch die Behörden wäre so mindestens erschwert. Bislang haben laut MOC 600 ihre Anerkennung widerrufen.

Schweiz

Kurt Meister, KDVer aus der Schweiz, erhält kein politisches Asyl in der Bundesrepublik. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen wies seine Klage gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf ab, weil die Strafverfolgung von Wehrdienstverweigerern kein Asylgrund sei. Nach eigenen Angaben wurde Meister bereits in Abwesenheit zu einer 18monatigen Haftstrafe verurteilt. Die Bestrafung von Verweigerern in der Schweiz verfolge nur den Zweck, die militärische Sicherheit des Landes zu gewährleisten, so das Zirndorfer Bundesamt.

Bundeswehr und Umweltschutz – Rattengift inklusive

Eine Wanderausstellung „Bundeswehr und Umweltschutz“ gibt Aufschluß über die Verwendung von 600 Mio. Mark, die die Bundeswehr jährlich als „Ausgaben für den Umweltschutz“ tituliert. In Broschüren und auf Plakaten der Ausstellung ist nachzulesen, was für die Soldaten alles zum Umweltschutz zählt. Z. B. das Verwenden von Recyclingpapier im Schriftverkehr, das Verlagern von Tiefflugausbildungen ins Ausland, oder etwa die Vorschrift für die Marine, Küchenabfälle und Hausmüll nicht im Meer, sondern nur auf hoher See über Bord zu werfen. Ein Militärsprecher räumte auf Nachfrage der FR ein, daß vermutlich auch der Einsatz von Rattengift auf Übungsplätzen als Ausgabe für den Umweltschutz mitgerechnet würde, genauso wie dies bei den Gebühren für Kanalisation und Müllabfuhr der Fall ist. Und wenn man dann noch die Erstattung von Manöverschäden dazurechnet, dann ist natürlich die stattliche Summe von 600 Mio. schnell beisammen.

Wie allerdings das Schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI mitteilt, wird weltweit ein Viertel aller Umweltschäden durch das Militär verursacht. Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) stellt in der Begleitbroschüre der Ausstellung denn auch unmißverständlich fest, daß der Verteidigungsauftrag gegenüber dem Umweltschutz im Zweifelsfall



„Vorrang hat und behalten muß“. Die Ausstellung selber soll den Steuerzahler runde 100 000 Mark gekostet haben.

Zivildienst

Zivildienst bei Aussiedlern

Seit dem 1. Oktober gibt es im

Grenzdurchgangslager Friedland vier ZDL, die bei der Betreuung von Aussiedlern eingesetzt werden. Auch das Deutsche Rote Kreuz hat bereits einen Aussiedler-Zivi genehmigt bekommen. Die derzeit stark steigende Zahl von Aussiedlern läßt einen



raschen Ausbau des ZD-Platzangebots erwarten. Wie es heißt, stehe man beim BAZ den Anträgen „sehr aufgeschlossen“ gegenüber und genehmige nach „rascher Prüfung“.

KDVer in Katastrophenschutz eingeplant

Im September hat das Bundesinnenministerium einen neuen Referentenentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes vorgelegt. Unter § 13 a, „Bedarfsermittlung“ heißt es in Absatz 3: „Das Bundesamt für den Zivildienst hat Zivildienstleistende, die ihren Dienst in einer Einrichtung der gesundheitlichen Versorgung abgeleistet haben, der Katastrophenschutzbehörde für einen Einsatz in Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung zu benennen“.

Akten über KDVer-Verfahren werden vernichtet

Was passiert eigentlich mit den Akten der KDVer, insbesondere mit doch recht „intimen“ Angaben, mit denen jeder seinen Antrag begründen muß?

Das Ministerium hat dem EKD-Ratsausschuß für KDVer und ZDL auf Anfrage dazu folgendes mitgeteilt:

„Die Akten der Kriegsdienstverweigerer werden nach Ableistung des Zivildienstes dem inaktiven Aktenbestand zugeführt. Das bedeutet, daß die Akten im Zentralarchiv des Bundesamtes lagern und nur noch im Ausnahmefall, etwa zur Einsichtnahme durch den Kriegsdienstverweigerer, hervorgeholt werden. Aus Platzgründen ist das Bundesamt vor einigen Jahren dazu übergegangen, die Akten auf Mikrofilm aufzunehmen und dann zu vernichten. Der Zugang zu den Mikrofilmen ist nur auf besondere Anforderung eines Mitarbeiters des Bundesamtes möglich ... Hinsichtlich des Teils der Akten, der das Anerkennungsverfahren betrifft, wurde jetzt festgestellt, daß er nur bis zur Mikroverfilmung der Akte aufbewahrt wird. Vor der Mikroverfilmung wird dieser Aktenanteil, der bis dahin in einem verschlossenen Umschlag innerhalb der Gesamtkarte aufbewahrt wurde, ausgesondert und vernichtet. Der Mikrofilm über die Restakte, die nur noch den Zivildienstteil enthält, wird bis zum 60. Lebensjahr des Kriegsdienstverweigerers aufbewahrt.“

FILM

Das falsche Wort

Wiedergutmachung an Zigeunern (Sinti) in Deutschland?

Von Melanie Spitta und Katrin Seybold, BRD 1987

Verleih: basis Filmverleih, Lich
Besprochen von Isolde I. Mozer

„Um ihr Leben zu retten, ist meine Mutter mit meiner Familie nach Belgien geflohen. Eine vergebliche Hoffnung, denn nur wenige haben Auschwitz überlebt. Mein Bruder und unsere ganzen Kinder sind elend gemordet worden. Dafür habt ihr Deutschen Mut gehabt. Aber dafür einzustehen, wie diese Morde zustande gekommen sind und zugelassen wurden, fehlte den meisten von euch der Mut... Ihr habt uns den Kopf abgeschlagen und sprecht von 'Wiedergutmachung'. Wiedergutmachung ist das falsche Wort. Denn ihr habt euer Gefühl für Reue und Sühne vergessen.“

Melanie Spitta ist ein Kind der Opfer. Die Wut und Trauer über die in den Konzentrationslagern ermordeten Angehörigen ihrer Familie und ihres Volkes und die fadenscheinigen Wiedergutmachungsprozesse stifteten sie an zu diesem anklagenden Dokumentarfilm, der wie ein juristischer Prozeß organisiert ist. Die „Beweisaufnahme“ dauerte mehr als fünf Jahre; die Behörden waren wenig kooperationsbereit und haben viele Akten verschwinden lassen. Publizistisch hochinteressantes Material fanden die beiden Filmemacherinnen vor allem in DDR-Archiven - zurückgehaltenes Material, das die Zigeuner bei ihren Entschädigungsprozessen von ihrer Beweisnot entledigt hätte. Etwa der Nachweis ihrer Familienzugehörigkeit (viele Zigeuner waren nicht nach bürgerlichem Recht verheiratet) - hätte anhand der Stammbäume leicht nachgewiesen werden können, die die Nazis und die mit ihnen verbundenen Wissenschaftler für jede Zigeunerfamilie in zynischer Präzision angelegt haben. Rasseforscher und Mediziner legten Akten an über den Gesundheitszustand, über Blut, Haare, Augen, Körperformen, über das soziale Verhalten („Wandertrieb mäßig“), über die angebliche Asozialität der Sinti.

Und die Filmemacherinnen haben ein weiteres Novum aus der Geschichte der Opfer rekonstruiert: Überlebende berichten und Akten belegen, daß die in den Wiedergutmachungsprozessen behauptete offizielle Version eine Lüge ist, daß die Zigeuner nämlich nicht erst 1942, sondern schon 1937 verfolgt und ermordet wurden, nachdem ihnen zuerst ihre Papiere mitsamt den Wandergewerbescheinen abgenommen wurden und sie in Ghettos gepfercht worden waren.



Die Filmemacherinnen haben versucht, nicht emotional zu argumentieren; deshalb hat auch Katrin Seybold mit den Überlebenden gesprochen, und nicht Melanie Spitta, das Kind der Opfer. Die selbst auferlegte Neutralität wird durch die Unglaublichkeit der Fakten aufgebrochen. Der Film provoziert tiefste Empörung, Scham- und Schuldgefühle, wenn er Fotos aus glückliche(re)n Zeiten der Sinti mit den Todesvermerken der Konzentrationslager-Akten konfrontiert. Bitterkeit entsteht, wenn zwei überlebende Zigeunerinnen mit Tränen in den Augen von ihrer Zwangssterilisation berichten, die ebenso wie der Genozid aus „rassehygienischen Gesichtspunkten“ betrieben wurde.

Und noch ein Skandalon, einen weiteren Beweis für die Fragwürdigkeit des vielbeschworenen demokratischen Neuanfangs, fördernd die Geschichtsforscherinnen in ihrem Film zutage: Der Arzt Robert Ritter und die Rasseforscherin Eva Justin, die die „Endlösung der Zigeunerfrage“ theoretisch vorbereiteten und die Deportation planten und dokumentierten, arbeiteten nach dem Krieg beim Gesundheitsamt in Frankfurt.

In dem Entschädigungsverfahren, das die (Rest-)Familie der Melanie Spitta angestrengt hatte, wurde Eva Justin als Sachverständige gehört. Melanie Spitta: „Die Gerichte glaubten aber den Tätern und nicht den Opfern.“

Die Kommissarin

Regie: Aleksandr Askoldov, UdSSR 1967/1988
Verleih: Filmverlag der Autoren, München
Besprochen von Isolde I. Mozer, Frankfurt

Nach der Oktoberrevolution von 1917 tobt im einstigen Zarenreich ein blutiger Bürgerkrieg, bei dem die „Roten“ die Revolution verteidigen, während die „Weißen“ die alte Ordnung wiederherstellen wollen. In ein südkrainisches Städtchen zieht ein Regiment ein, deren Befehlshaberin, die Kommissarin Klavdija Vavilova, mit eiserner Disziplin das Kommando führt und ohne jegliche Gefühlsregung einen Deserteur erschießen läßt. Als ihre Truppe sich aus der Stadt zurückziehen muß, weil die „Weißen“ vorrücken, wird die Kommissarin bei einer kinderreichen, jüdischen Handwerkerfamilie einquartiert: Sie ist hoch-

schwanger. Aber sie freut sich nicht auf ihr Kind und fühlt sich fremd in der jüdischen Familie, die einen erneuten Pogrom und den Terror der „Weißen“ befürchtet. Aber angesichts des gemeinsamen Schicksals weichen die Skepsis und die Befangenheit, es siegt die „Internationale der Güte“. Während der überaus schmerzhaften Geburt durchleidet die Kommissarin ihre leidvollen und todbringenden Kriegserlebnisse. Mit Hilfe der jüdischen Frauen bringt sie ihr Kind zur Welt und in der fröhlich-melancholischen, stets von Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit geprägten Atmosphäre ihrer Gastgeber keimen allmählich die Gefühle der jungen Mutter für ihr Kind auf. - Als sich die Bedrohen vor dem Einzug der Weißen im Keller verschanzten, hat Klavdija eine alptraumartige Vision von den Judenpogromen des Zweiten Weltkriegs. - Im Konflikt zwischen ihren mütterlichen Gefühlen und dem Kampf für die Revolution entscheidet sie sich dafür, ihrem Regiment zu folgen, und läßt schweren Herzens ihr Kind bei der jüdischen Familie zurück.

Mit den (geheimgehaltenen) Vorwürfen der „Verleumdung der Revolution“ und „zionistischer Propaganda“ blieb „Die Kommissarin“ zwanzig Jahre lang in den Tresoren der Bürokratie verbannt - obwohl der Film doch an die utopischen Versprechen des bolschewistischen Neuanfangs erinnert. Aber eine „Internationale der Güte“, von jüdischen Menschen als Ziel menschlichen Zusammenlebens proklamiert, fand keine Gnade vor den latent antisemitischen Augen der Dogmatiker, denen die Revolution als geheiligte Episode der Geschichte gilt, die über alle Kritik erhaben ist.

Askoldov zeigt die Große Sozialistische Revolution als einen blutigen Krieg und betrauert jedes Opfer dieses Krieges - ohne aber die Revolution an eine kitschige Humanitätsduselei zu verraten. Es ist nicht nur die meisterhafte Bildersprache mit ihren ungewöhnlichen Kamerafahrten und -schwenks und die virtuose Schnitt-Technik, die mit vielen Kontrastmontagen und einem abrupten Tempiwechsel arbeitet, sondern auch die Charakterisierung der Menschen in ihrer Zerrissenheit, die Askoldovs ethische Grundeinstellung offenbaren: Wie er aus einer niedrigen Kameraperspektive Kanonen an nackten Kindern vorbeiziehen läßt, wie er die gebärenden Klavdija an die Szene



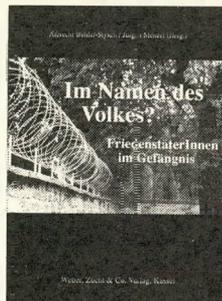
BUCH

»Soldaten sind Mörder«

Gerhard Zwerenz: „Soldaten sind Mörder“. Die Deutschen und der Krieg. Knesebeck & Schuler, München 1988, 430 Seiten, DM 39,80

Besprochen von Hermann Schäufele*, Stuttgart

schneidet, in der ihr Geliebter getötet wird – dieser klassische Stil sagt mehr aus als viele Worte: Menschen wollen leben, nicht sterben, sie wollen Frieden und führen doch Krieg. Diese Widersprüche sind heute so aktuell wie in den UdSSR der zwanziger Jahre. ■



»Im Namen des Volkes?«

FriedenstäterInnen im Gefängnis
Albrecht Bühler-Stysch/Jürgen Menzel (Hrsg.)
Weber, Zucht & Co. Verlag, Kassel, 1988
158 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-88713-032-4

Besprochen von Stephan Philipp, Stuttgart

Inhaftierung, Gefängnis, Knast – für immer mehr Menschen, die sich in den letzten Jahren in der Friedensbewegung engagiert haben, ist dies Realität geworden. Einige Tage für manche wegen „Mißachtung des Gerichts“; einige Wochen für solche, die nicht bereit waren, Geldstrafen wegen Blockaden zu bezahlen; mehrere Monate oft für Totalkriegsdienstverweigerer, die auch im sog. Zivildienst als Kriegsdienst ohne Waffe verweigerten.

Nachdem bereits 1984 Innenansichten des Knastes unter einem ähnlichen Titel erschienen sind (C. Rosenthal: Friedenstäter – KDVer berichten über Haft und Verfolgung), haben nun Bühler-Stysch/Menzel einen Sammelband mit Erfahrungsberichten herausgegeben. Diese Berichte spiegeln die Hoffnungen und Ängste, die Probleme und Zweifel wider, die gerade auch politische Häftlinge vor, während und nach der Haftzeit begleiten. Das Buch sei deshalb jedem empfohlen, der selbst vor einer Inhaftierung steht. Aber auch diejenigen, die Gefangene unterstützen wollen, finden hier Erfahrungen über die Möglichkeiten und Grenzen von Solidaritätsarbeit. Ergänzt werden die Berichte durch eine ausführliche Literaturliste, konkrete Tips und inhaltliche Überlegungen zum Thema „Ziviler Ungehorsam und Gefängnis-“.

„Dies ist ein Buch der Abrechnung mit jenen Teilen der Kriegsgeneration, die die Abrechnung mit sich selbst verweigern“ – so bezeichnet Zwerenz Sinn und Absicht seines Werkes (S. 23).

Wer vom Titel des Buches ausgehend eine moralische Verurteilung des Soldatenstandes erwartet, der liegt daneben. „Soldaten sind Mörder“ beschreibt vielmehr eine Zwangslage: „Solange der Infanterist Krieg führt, hat er die Chance, andere tödend sein Leben zu behalten. Verweigert er den Kampf, verliert er sein Leben mit Sicherheit“ (S. 16).

Zwerenz will „eine nicht mehr auslöschbare Blutspur aus dem 3. Reich durch unsere Bonner Republik“ aufzeigen, konkretisiert an den drei Offiziersarchetypen Strauß, Dregger und Schmidt.

Einen „Konstitutionellen Nazismus“ sieht Zwerenz am Werk; dessen Symptome sind: Vergöttlichung des Ehr- und Pflichtgefühls und des Gerhorsams, insbesondere gegenüber dem Eid, natürlich auch Antisemitismus und Antibolschewismus.

Gegen diese KN-Blutspur hilft nur „Desertion und nichts als Desertion, bevor auf den Knopf gedrückt wird, der den Weltuntergang besiegelt“ (S. 424).

Ein notwendiges, aufrüttelndes Buch! Ob es sein selbstgestecktes Ziel erreichen wird, „das Wunder massenhafter völkeringreifender und verbindender Desertion“? (S. 418). Reizt eine Sprache zur Einsicht und Umkehr, die den Gegner bis hin zum Gebrauch der Fäkalsprache diffamiert und disqualifiziert? „Sie sind ein schräges Arschloch, Herr Hauptmann“ (S. 12); Strauß, Schmidt und Dregger sind „wie die Kunstfurger“ (S. 24); die Kommandeure des 2. Weltkriegs werden pauschal „Idioten“ und „Kannibalen“ genannt (S. 105); Generale sind „Laffen und Gangster“ (S. 255). Solche Pauschalverurteilungen finden sich – leider! – zuhauf; sie ziehen sich wie ein roter Faden durch das ganze Werk.

Schade! Hätte sich Zwerenz doch besser an ein, von ihm zustimmend zitiertes, Dokument des Sonderführers einer Propaganda-Kompanie gehalten, der 1942 schreibt: „Nur wer Verantwortung als ein Gesetz in sich trägt, hat auch Verantwortung vor dem Wort, diesem schönsten, edelsten und gefährlichsten Werkzeug, das eine unendliche Reihe von Generationen als den kostbarsten Schatz des Menschen an uns vererbt hat.

Gerhard Zwerenz

Soldaten sind Mörder

Die Deutschen und der Krieg



KNESEBECK & SCHULER

Verantwortung vor der Sprache ist die höchste Verantwortung vor der menschlichen Gemeinschaft.“

Was mir aber am meisten Unbehagen bereitet: Die Sache mit dem KN, dem Konstitutionellen Nazismus. Zwerenz greift eine Äußerung Augsteins gegenüber Hillgruber auf, den er einen Konstitutionellen Nazi schilt.

Gibt eine solche hingeworfene, auf eine Person bezogene Äußerung die analytische Gegenwartsbestimmung als einem „Konstitutionellen Nazismus“ bei den maßgeblichen Personen her? Wird so der Nationalsozialismus, trotz aller Abgrenzungsversuche zu Hitler, nicht verharmlost? Gehörte doch zu dessen Essentiel die planmäßig durchgeführte Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, die Ausrottung der polnischen Intelligenz, aufgrund des Herrenmenschendünkels der sogenannten arischen Rasse.

Zugegeben: Die Kopplung von Führer und Geführten, Elite und Gefolgschaft mag bei uns Deutschen stärker ausgeprägt sein als bei anderen Völkern. Aber sie ist jahrhundertealt und keine nazistische Erfindung.

Der Nazismus hat sich dieser fatalen „Tugenden“ von absolutem Ehr- und Pflichtgefühl bedient und dieses mißbraucht. Es ehrt Zwerenz, diesen Mißbrauch erkannt zu haben und als junger Soldat das getan zu haben, was er jetzt massenweise fordert: zu desertieren.

Aber wer gibt dem, der zur rechten Zeit gerade noch das Richtige getan hat, das Recht, andere so zu verurteilen, wie dies bei Zwerenz geschieht? Die Einsicht fördert dies wohl kaum.

Trotzdem: Zur kritischen Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und zur notwendigen Wende ist Zwerenz' „Soldaten sind Mörder“ lesenswert. ■

*Pfarrer Hermann Schäufele, Jg. 1922, war von 1973 bis 1986 Beauftragter für KDV und ZDL der württembergischen Landeskirche.

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

**Dranbleiben!
Mitreden!
Nach dem Zivildienst
wub
abonnieren!**



Ein
Jahr
wub

für DM 10.-

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10.- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich künde.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38.- erstattet.

Bayern

- 30.01. - 3.02.1989 Wildbad Rothenburg: „Gegen-, neben-, mit- und füreinander - Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens“.
13.03. - 17.03.1989 Rodelsee-Schwanberg: „Meditation“
Anmeldeformulare: Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon 09 11/43 04-238

Kurhessen-Waldeck

- 13.02. - 17.02.1989 Naumburg: „Wieviel Energie braucht der Mensch?“ (mit Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres)
20.02. - 24.02.1989 Eiterfeld: „Sind wir noch bei Sinnen?“ (mit Absolventen des FSJ)
13.03. - 17.03.1989 Bad Hersfeld: Irre menschlich - Umgang mit psychisch Kranken.
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV + ZDL, Harleshäuserstr. 138, 3500 Kassel, Telefon 05 61/6 20 00

Niedersachsen

- 16.01. - 20.01.1989 Bückeburg: M. L. King - Einführung in Gewaltfreies Handeln
20.02. - 24.02.1989 Bückeburg: „Friede ist mehr als kein Krieg“
Anmeldeformulare: Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Telefon 05 11/12 41-468/469

Nordelbien

- 20.02. - 24.02.1989 Koppelsberg/Plön: „New Age“ ... „Esoterik“ - was ist das?
13.03. - 17.03.1989 Koppelsberg/Plön: „Feindbilder“ oder „Feindesliebe“, was bringt eigentlich mehr Sicherheit?
Anmeldeformulare: Beratungsstelle KDV + ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon 0 40/25 88 81

Rheinland

- 23.01. - 27.01.1989 Radevormwald: „Einführung in Gewaltfreies Handeln“
13.02. - 17.02.1989 Radevormwald: „Spiele für Frieden und Entwicklung“
13.03. - 17.03.1989 Radevormwald: Leiden - Sterben - Tod
Anmeldeformulare: Pfarrer Helmut Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/32 24 00 (vorm.)

Westfalen

- 16.01. - 20.01.1989 Schwerte: „Psychiatrie“
13.02. - 17.02.1989 Dortmund: „Kreativ sein“
6.03. - 10.03.1989 Hagen: „Zivildienst in Kirchengemeinden“
Anmeldeformulare: Amt der EKvW für KDV + ZDL, Haus Villigst, 5840 Schwerte 5, Telefon 0 23 04/75 52 30

Württemberg

- 23.01. - 27.01.1989 Freudental: Zivildienst eingebettet in die Verteidigungsstrategie?
13.02. - 17.02.1989 Oberflingen: Gewaltfreiheit
20.02. - 24.02.1989 Freudental: Rüstzeit für Vertrauensleute
6.03. - 10.03.1989 Gschwend: ZDL stellen sich und ihre Arbeit im Lokalrundfunk vor.
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV + ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon 07 11/62 81 49

Von Friedhelm Schneider, Speyer

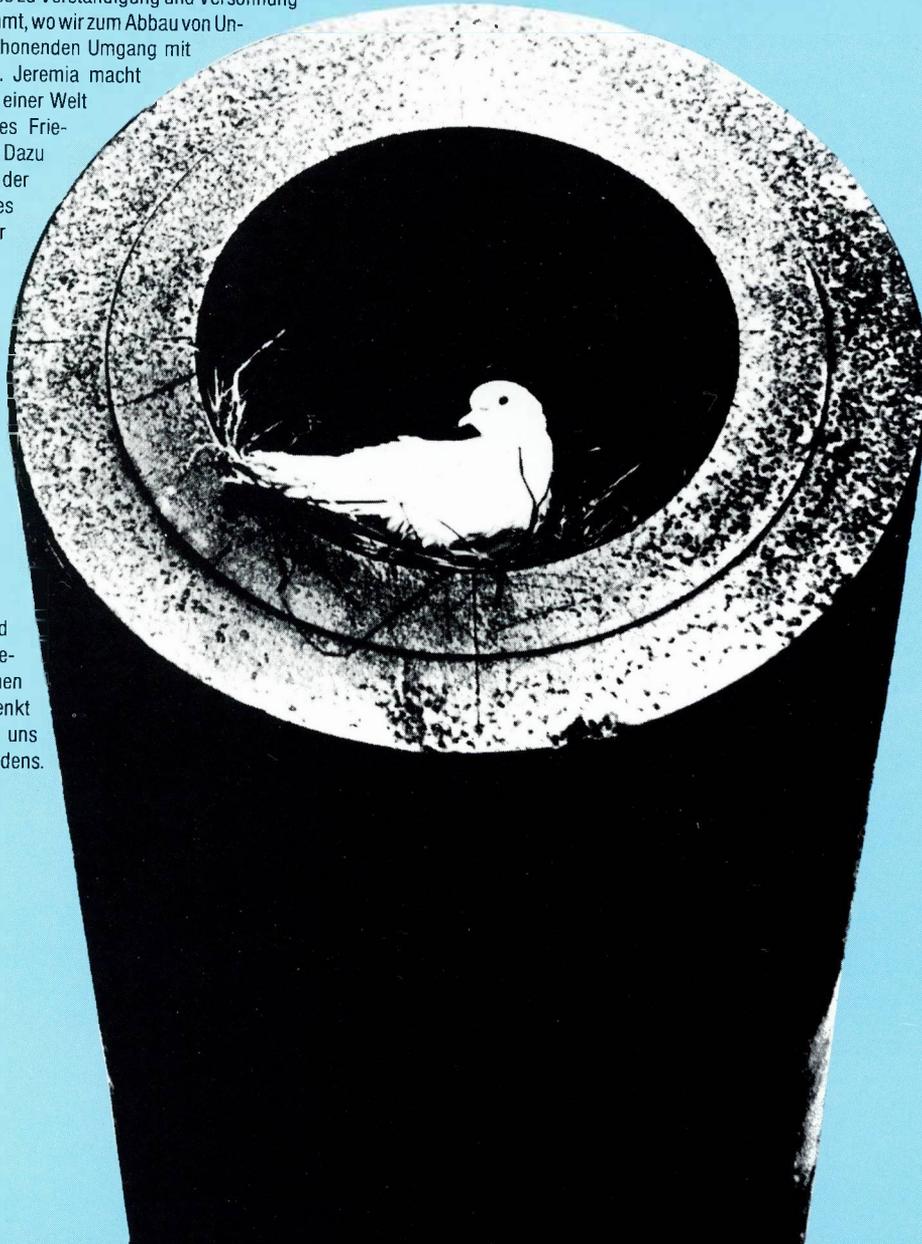
Der vor mir liegende Bescheid trägt den Stempel „Soldatenfall“. Vor einigen Wochen ist es zur Verhandlung gekommen, nun wird die Ablehnung des bei der Truppe gestellten KDVertrags mitgeteilt. In den Entscheidungsgründen lese ich, wie schon so oft: „Es handelt sich bei dem Antragsteller um einen höflichen jungen Mann, der durchaus kritisch eingestellt ist und dem die Erhaltung des Friedens und die Vermeidung jeglicher Aggression am Herzen liegt.“ Zur Anerkennung als KDVertragspartner trägt diese amtlich bescheinigte Friedensliebe nicht bei, denn „den meisten Bürgern dieses Staates ist diese Eigenschaft eigen...“, so der Bescheid.

„Krieg will hier keiner, für den Frieden ist doch jeder!“ Immer wieder werden mit dieser Bemerkung notwendige Gespräche abgebogen – noch bevor geklärt ist, um welchen Frieden es geht und welche Wege dorthin wir verantworten können. Doch gerade diese Fragen müssen auf der Tagesordnung bleiben – in Kirche und Gesellschaft, nicht zuletzt bei uns selbst.

Gegen die Inflation der Friedensformeln hat sich um 600 v. Chr. der Prophet Jeremia gerichtet und seine Zeitgenossen zur Rede gestellt („... sie sagen 'Friede! Friede!', und es ist doch nicht Friede“, Jer 6, 14/8, 11). Gottes Friedensvorstellungen, so der Prophet, sehen anders aus: „Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der Herr: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, daß ich euch gebe Zukunft und Hoffnung.“ (Jer 29, 11; es lohnt sich, den Vers im Zusammenhang zu lesen.)

Unversehrt sein, sich entfalten können, haben, was einer zum Leben braucht – all das sind Inhalte des hebräischen Wortes Shalom. Jeremia sagt es unmißverständlich: Gottes Schalom-Pläne mit den Menschen sind keine Planungen, die auf Leid, Angst, Druck und Drohung fußen. Gottes Friedensgedanken zielen hin auf die Eröffnung von Zukunft und Hoffnung. Genau hier liegt der Maßstab für unser menschliches Friedensstreben: Es muß sich danach beurteilen lassen, ob es Zukunft ermöglicht und Hoffnung begründet. Das Anhäufen von Massenvernichtungsmitteln, Giftgaslager, die Katastrophe von Ramstein sind Ausdruck eines Sicherheitsstrebens, das zu schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Zukunft wird eröffnet, wo es zu Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kommt, wo wir zum Abbau von Ungerechtigkeit und zum schonenden Umgang mit der Schöpfung beitragen. Jeremia macht deutlich, was es heißt, in einer Welt des Unfriedens auf Gottes Friedenszusage hinzuleben. Dazu gehört es, daß wir uns der Spannung zwischen Gottes Verheißung und unserer Wirklichkeit stellen, daß wir sie nicht einseitig auflösen – weder durch gewaltsame Aktionen, die eine sofortige Veränderung herbeizwingen sollen, noch durch ein Hinausschieben der Verheißung aus unserem Denken und der Geschichte hinaus auf den St. Nimmerleins-Tag ... Gott traut uns einen langen Atem zu. Er will uns befreien, wo wir gefangen sind in Sachzwängen, Phantasielosigkeit und unfriedlichen Denkgewohnheiten. Er schenkt uns Hoffnung und macht uns fähig zu Gedanken des Friedens.

Gedanken des Friedens

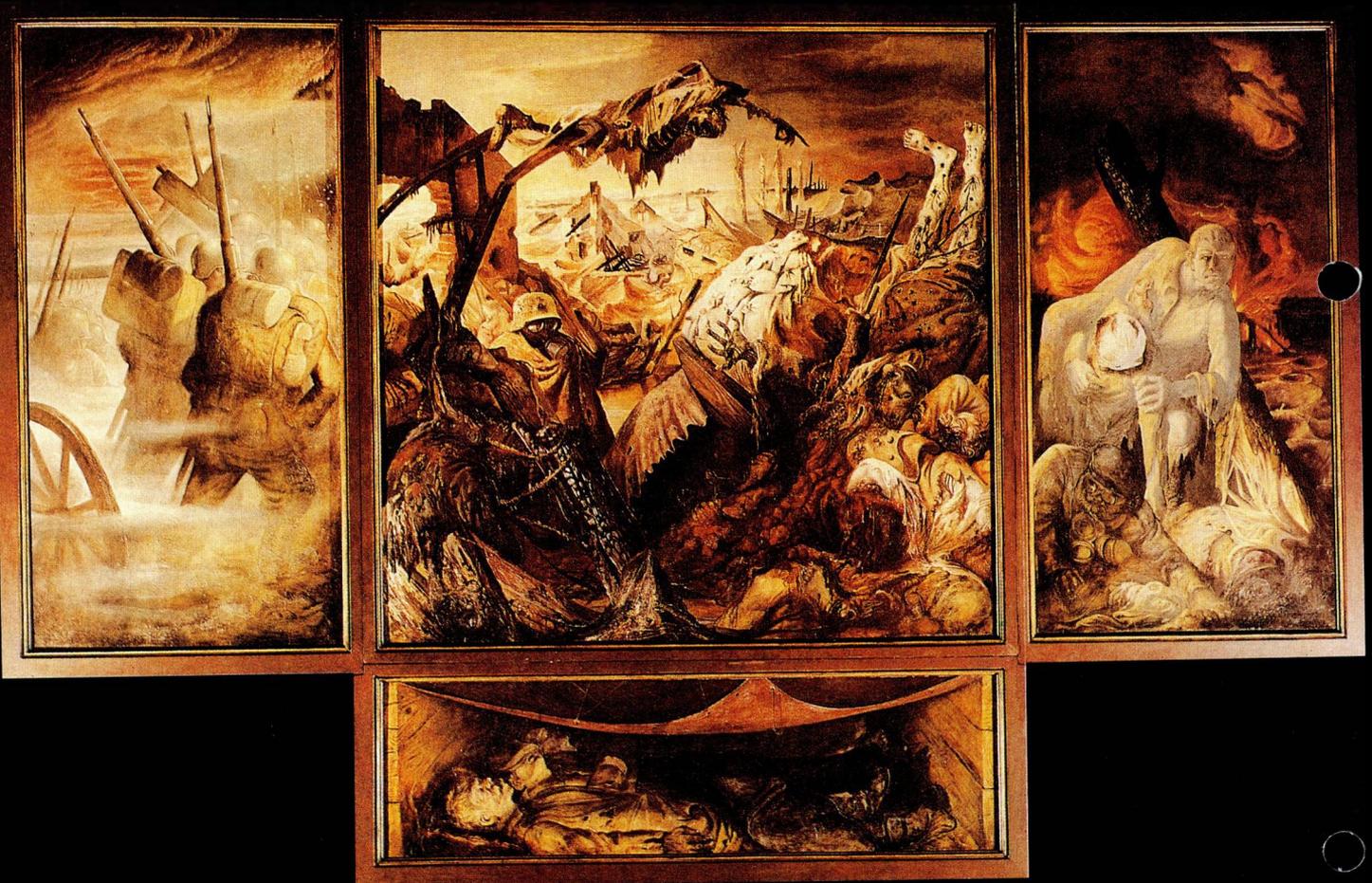


wub

was uns betrifft

ART

Otto Dix »Der Krieg«



Otto Dix schreibt in seinem Tagebuch 1915 – 1916: „Läuse, Ratten, Drahtverhau, Flöhe, Granaten, Bomben, Höhlen, Leichen, Blut, Schnaps, Mäuse, Katzen, Gase, Kanonen, Dreck, Kugeln, Mörser, Feuer, Stahl, das ist der Krieg, Teufelswerk.“ So das Fazit seiner Kriegserlebnisse in der Champagne, in Flandern, am Somme-Ufer. Auf die Frage, weshalb er das berühmte Triptychon, einen dreiteiligen Altar mit dem Titel „Der Krieg“, geschaffen habe, antwortete Dix: „Loshaben wollt ich's. Ich habe mindestens 10 Jahre lang immer wieder dieselben Träume gehabt, in denen ich durch zerstörte Häuser kriechen mußte, durch Gänge, durch die ich kaum durchkam. Die Trümmer waren fortwährend in meinen Träumen.“ Dix malt gegen die eigenen Alpträume an. Seine Bilder sind traumatische Verarbeitung des Erlebten. Das Bild „Der Krieg“ entstand zwischen 1929 und 1932. Es ist als dreiteiliger, mittelalterlicher Altar gemalt. Der Maler wählt eine religiöse Darstellungsform, einen „negativen Altar“: Der Krieg als Kreuzigung des Menschen, in Anlehnung an die mittelalterlichen Kreuzigungsdarstellungen Christi. Der „Isenheimer Altar“ Grunewalds diente im Aufbau als Vorbild. Morgen, Mittag und Nacht sind dargestellt. Der rechte Flügel zeigt Dix selbst, der dem apokalyptischen Inferno entronnen ist und einen Kameraden noch retten konnte.

Dix verwendet in der Farbgebung mittelalterliche Techniken, deshalb treten die Farben nicht hervor. In das Bild ragt die zersetzte Leiche eines Menschen im Baumgeäst, Anspielung an die Kreuzigung Christi. Die Finger sind zu einer alten Geste erstarrt, in mittelalterlichen Bildern die Geste des Lehrens und der Weisheit: „Aus dem Krieg die Lehren ziehen.“ Für die pazifistische Friedensbewegung war ja der 1. Weltkrieg das „Golgatha der Friedensbewegung“.

Solche und ähnliche Bilder galten den Nazis als „entartete Kunst“, als „gemalte Wehrsabotage des Malers Otto Dix“. Er malte sein Bild „Der Krieg“ gegen ein neu erstehendes Heldentum und einen Heldenbegriff, der „in den Schützengräben des 1. Weltkrieges längst ad absurdum geführt worden war. Das Bild ist mit Otto Dix' Worten gemalt gegen das „Vergessen des entsetzlichen Leidens, das der Krieg gebracht hat“. Dieses Bild wurde nur ein einziges Mal 1932 auf der Herbstausstellung der preußischen Akademie gezeigt. Dann, von den Nazis abgeschlagen, mußte es in Sicherheit gebracht werden.

1939 wurde Otto Dix wegen eines angeblichen Attentats auf Hitler vorübergehend verhaftet. Am 20. März 1939 wurden 1000 Bilder der entarteten Kunst verbrannt, darunter die Bilder „Die Kriegskrüppel“ und „Schützengräben“ von Otto Dix. Hitler soll beim Anblick der Bilder von Dix gesagt haben: „Es ist schade, daß man diese Leute nicht einsperren kann.“

Harald Wagner, Stuttgart